

# Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetze Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinmetze finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle in  
**Leipzig, Zeiser Straße 30, IV.**  
(Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgelappte Kleinzeile 1.— Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einleitung auf Postk. Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geit, Leipzig, Zeiser Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abschluss: Montag vormittag 10 Uhr

Nr. 8

Sonnabend, den 25. Februar 1928

32. Jahrgang

## Ein eigener Laden und offene Kampfansage

Im „Grundstein“, dem Wochenblatt des deutschen Baugewerksbundes Nr. 7 vom 18. 2. 1928, kann ein Konferenzbericht nachgelesen werden, der die viel- und auch nichtsagende Ueberschrift trägt: „Reichskonferenz der Pflasterer, Steinmetze und Steinhauer.“

Diese separatistische, gewerkschaftliche Aufmachung von einer Organisation, die zu unserer gewerkschaftlichen Richtung gehört, fand in Frankfurt a. M. statt, am 29. Januar d. J., 45 Delegierte vertraten 7—800 Steinmetze und 1358 Steinmetze, so heißt es in dem Bericht. Also ein ziemliches Aufgebot von Delegierten um die tatsächlich schwache Position zu verdecken. Im Vergleich zu den 63 000 Mitgliedern des Zentralverbandes der Steinmetze stellen diese gewerkschaftlichen Separatisten, die unter der genannten Bezeichnung vom Baugewerksbund eifrig gesammelt werden, eine winzige Schar, ja, man kann, unter Berücksichtigung der auf der Frankfurter Konferenz geschwungenen Kampf- und Vernichtungssteine gegen den Steinmetzverband sagen: Eine wirklich lächerliche Zahl! Doch abgesehen davon verdient dieser Konferenz-Vorgang für unsere Verbandsmitglieder und sicher auch darüber hinaus ernste Beachtung. Beachtung weniger wegen zu befürchtenden Mitgliederverlustes, o nein, das ist in der Beurteilung des Vorganges erst eine Frage zweiten Ranges. Beachtlich ist vor allem die Großmannsjucht, mit der sich die verantwortliche Führung des deutschen Baugewerksbundes glaubt, über bisherige geschriebene und ungegeschriebene gewerkschaftliche Gesetze und Lehren unbedenklich hinwegsehen zu können. Daß es dem Baugewerksbund wider den Strich ging, als der frühere Steinmetzverband zum Steinmetzverband stieß, ist allgemein bekannt. Diese Verletzung des theoretischen Gebäudes der Baugewerksbundesidee scheint tiefgehender zu sein, als man eigentlich annehmen sollte. Wenn dafür auch Verständnis vorherrscht im Steinmetzverband, so aber keinesfalls für die gewerkschaftlichen Dr.-Eisenbarren-Kuren, die namentlich vom Baugewerksbund gegen die in einer Organisation vereinigten Steinmetze und Steinmetze vorgehen sind und weiter angekündigt werden. Der Baugewerksbundesführung und einiger ihrer sonstigen großen und größeren Organe gefällt es auch durchaus nicht, daß die Steinmetze es dankend ablehnen, sich organisatorisch von dem großen „Bruder“ aufstellen zu lassen. Andere Organisationen mit Eigenleben haben das bereits vor dem Steinmetzverband ganz energig abgelehnt und mit Süßhauer-Miene zog man sich im Baugewerksbund dann in seine Baracken zurück. Nun soll ausgerechnet beim Steinmetzverband das früher bereits propagierte aber gescheiterte Freimänner-Manöver des genannten Bundes von neuem aufgezogen werden. Wir an Zahl der Mitglieder kleinere Organisation wagen es, der Führung des großen Bundes schon jetzt ein Viaso vorzusagen! Denn das Stützgerüst und mißbilligende Rumpeln der Merkel (München), Hüttmann (Frankfurt), Sprötke (Dresden), Gerhards (Barmen), und des wirklich kleinen Generalsekretärs Otto (Hamburg) und einiger anderer auf der Frankfurter Konferenz und die Sondergründung als Gegenorganisation gegen den Steinmetzverband ist wirklich nicht geeignet, die im Steinmetzverband organisierten Steinmetze und Steinmetze irgendwie zu beeinflussen. Hier heißen die genannten Strategen samt ihrem Anhang sicher auf den Hauptrohstoff, mit dem Steinmetz und Steinmetz täglich umgehen, nämlich — Granit.

Schon mehr als einmal wurde im „Steinmetz“ dargelegt, und bei anderen Gelegenheiten wurde das mit allem Nachdruck von anderer Seite auch getan, daß eine gewerkschaftliche Firmenänderung, angeregt von der Konjunktur (1918/1919) noch lange kein Freibrief ist für Einbrüche und offenen Raub in den Bereich einer anderen Organisation. Zwecklos ist es auch, in erneute Auseinandersetzungen mit dem Baugewerksbund wegen der eingangs erwähnten Konferenz und ihrer Beschlüsse einzutreten. An anderer Stelle dieser Steinmetzerausgabe wird aus anderem Anlaß mit aller Deutlichkeit die geschichtliche Darstellung fortgesetzt, die bereits in der Nr. 6 des „Steinmetz“ gegen eine geschichtsklitternde Broschüre des Baugewerksbundes begonnen hat. Unangenehm sind gewiß diese Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterverbänden und erst recht, weil sie gleiches Ziel und gleiche Tendenz haben. Zeit und Kraft wird verbräut! Aber Ungerechtigkeiten, Unwahrheiten und Unverschiedenheiten müssen zurückgewiesen werden, auch wenn sie unter dem Deckmantel des angeblichen, nach unsrer und anderer Gewerkschaftlicher Ansicht aber eingebildeten organisatorischen Fortschritts segeln. Die unliebsamen Auseinandersetzungen sind uns also aufgedrängt worden im Kampfe um das Recht und die Existenzberechtigung unserer eigenen, selbständigen gewerkschaftlichen Organisation.

Zu dem Konferenzbericht im „Grundstein“ Nr. 7 nur noch einige notwendige Bemerkungen. Unter den dort namentlich aufgeführten Diszussionsrednern befindet sich auch der Steinmetz Gerhards aus Barmen, der bekanntlich von uns abgewandert, weil er im Steinmetzverband keine Anstellung als Gauleiter fand. Solche Mitglieder sieht gewiß jede Organisation lieber im Fortgehen als im Kommen, aber der Baugewerksbund sammelt diese Abgänger, um einen eigenen Laden aufzumachen; wir sind darauf nicht neidisch. Traurig ist es allerdings, aus dem Bericht entnehmen zu müssen, wie der Vertreter der Baugewerksbundesführung Otto sich mühsam abquält mit Worten, die ja billig sind, um damit das Recht auf Seite des Baugewerksbundes hinüberzuzerren. Otto sagt dort neben vielen anderen Verdrehungen und Unwahrheiten:

„Mit allen Mitteln bekämpft uns der Steinmetzverband.“

Und im weiteren berichtet der Genannte:

„Wir haben bisher in der Agitation unter den Steinmetzen und Steinmetzern eine gewisse Zurückhaltung geübt. Jetzt müssen wir in Kampfstellung gehen. Der Bundesvorstand hat weitgehende Maßnahmen getroffen zu einer durchgreifenden Agitation.“

Der erste Satz ist eine dreifache Unwahrheit, wie wir sie seit langem aus dem Munde des Berichterstatters Otto vom Baugewerksbund gemohnt sind. Das muß schon einmal öffentlich ausgesprochen werden, auch wenn das manchmal nicht gefällt. Es gibt dafür noch einen schärferen Ausdruck, den wir an dieser Stelle aber unterdrücken wollen. Der zweite Satz in der vorstehenden Zitierung ist eine offene Kampfansage, vor der die Steinmetze und Steinmetze und natürlich auch ihre Verbandsleitung ganz gewiß nicht ins Maul geschrien. Wir nehmen die Kampfansage an, werden ebenfalls unsere organisatorischen Gegenmaßnahmen treffen und sicherlich wird die Zeit lehren, daß der Baugewerksbund, auch wenn er sich noch so sehr aufplustert, in diesem Kampfe um die

Steinmetze und Steinmetze keine Lorbeeren erntet. Denn in der Hauptsache sind doch wohl unsere Verbandsmitglieder maßgebend, die unterscheiden werden und zum großen Teil praktisch wissen, was gewerkschaftliche Großmannsjucht im Gefolge hat. Beispiele liegen in dieser Beziehung genügend vor. Im übrigen sind die Mitglieder des Steinmetzverbandes keine Marionetten, die sich von den Wortführern des Baugewerksbundes hin- und herziehen lassen. Merkwürdig und späßig mutet an, wenn eine Organisation von mehreren 100 000 Mitgliedern sich bald die Stelzen wegrennt, um ein paar tausend Mitglieder durch und mit unzulässigen Mitteln zu bekommen, die vom Baugewerksbund absolut nichts wissen wollen. Im gewerkschaftlichen Leben war es bisher nicht Brauch, nach der Methode eines Geschäftsfreunden zu arbeiten, der aus der Vordertür hinausfliegt und zur Hintertür wieder hereinschlüpft, um etwa seine konkurrenzlosen Schürzenkel an den Mann zu bringen. Wenn die Führung des Baugewerksbundes diese Methode einführen will, so beneiden wir ihn natürlich nicht darum, haben nur Mitleid. Und wir glauben, daß noch andere Gewerkschaften sich dieser unserer Auffassung anschließen. Dann heißt es noch in dem Bericht:

„Alle Redner führten heftige Beschwerden über das Verhalten des Steinmetzverbandes.“

Wenn diese Beschwerden etwa befruchtet wurden von Gerhards aus Barmen, dann gute Luft, dann allerdings kann man sich eine Vorstellung machen von der geistigen Höhe und der Berechtigung der „heftigen Beschwerde“. Gewerkschaftliche Sonderbündler sind immer eigenartige Leute, sie sehen alles durch ihre separatistische Brille besonders groß, auch den neu aufgemachten Laden, und wenn sie nun betonen:

„Daß der Baugewerksbund die einzige Industrieorganisation für die Steinmetzergemeinschaft ist und auch nur sein könne“

dann hat das wirklich nichts auf sich, es ist nur grobe Selbsttäuschung. Sie steht auf der gleichen Höhe wie die Lat des Kindes, das einen Wasserkrug zerbricht, um zu sehen, aus wieviel Stücken der Krug zusammengesetzt ist. Na, die Baugewerksbundesführung muß ja schließlich selber wissen, was sie tut beim Zerlöpern gewerkschaftlicher Selbstverständlichkeiten. Nur muß sie schon gestatten, daß andere an dem „Selberwissen“ zweifeln. Die ganze Aufmachung der Konferenz vom Baugewerksbund zeugt von einer Kurzsichtigkeit und Engstirnigkeit, die uns vom Steinmetzverband berechtigt, zu sagen: Seine Führung scheint in dieser Sache von allen guten Geistern verlassen!

Nachstehende Entschließung fand einstimmig Annahme auf der Konferenz. Die Zahlstellenverträge unseres Verbandes handeln richtig, wenn sie sich dieses Zeitdokument aufbewahren:

„Die im Deutschen Baugewerksbund organisierten Pflasterer, Steinmetze und Steinhauer begrüßen freudig den Beschluß des Dresdener Bundestages. Dieser Beschluß war notwendig nach der Organisations- und Tarifvertragspolitik, die vom Steinmetzverband 5 Jahre lang betrieben worden ist. Alle Bemühungen, mit dem Steinmetzverband zu einer Verständigung zu kommen, sind fehlgeschlagen. Aus diesen Gründen muß es als nutzlos und zwecklos angesehen werden, diese Bemühungen fortzusetzen. Die nun veränderte Stellungnahme des Deutschen Baugewerksbundes verändert auch die Gesamtlage der Werbe- und Organisationsarbeit sowie unserer Lohn- und Tarifpolitik. Durch diese Entwicklung werden wir gleichzeitig zur aktiven Arbeit kommen. Um diese zu hüten und zu fördern, begrüßt die Konferenz auf das lebhafteste, daß der Bundesvorstand bereit ist, mehrere Kollegen anzustellen. Alle Kollegen sind innerlich davon überzeugt, daß entsprechend der Entwicklung zum modernen Großbetrieb der Deutsche Baugewerksbund die beste Grundlage und Gewähr bietet, gemäß der Entwicklung der Betriebswirtschaft die Interessen der Pflasterer, Steinmetze und Steinhauer zu vertreten. Die Delegierten verpflichten sich, für die Stärkung der Organisation in allen Orten und Bezirken zu wirken.“

Die Schiefheiten in der Entschließung wird jeder Steinmetz und Steinmetz sofort finden. Denn was dort von der Entwicklung zum Großbetrieb und der Betriebswirtschaft gesagt wird, ist im gemeinten Zusammenhang des Baugewerks mit der Steinindustrie und dem Steinmetzgewerbe großer Stup. Wie alles andere, das von jener Seite zur Begründung des Industrie-Zusammenhanges erzählt wird. Lassen wir sie reden, das kostet uns nichts — aber wir sagen mit allem Nachdruck zum Baugewerksbund und seinen Wortführern:

Von unserer gewerkschaftlichen Organisation laßt die Hände weg und kümmert euch um eure Angelegenheiten. Der Steinmetzverband bleibt trotz der Neugründung einer Reichsfachgruppe unseres Gewerbes im Baugewerksbund nach wie vor der zuständige Verband für Steinmetze und Steinmetze. Dafür werden wir, auch zu kämpfen wissen.

## Tariffähigkeit der Werkvereine

Die Streitfrage, ob Werkvereine bzw. der Reichsbund vaterländischer Arbeitervereine bzw. die Arbeitermerkmale des Pommerischen Landbundes bzw. die wirtschaftsfriedlichen Innungs-Gesellenbünde ebenfalls als Gewerkschaften anzusehen sind und Tarifverträge abschließen können, spielt bei den Verwaltungsbehörden und den Gerichten eine viel umstrittene Rolle.

Am 6. März 1925 hat der Reichsarbeitsminister entschieden, daß die auf Veranlassung eines Arbeitgebers von einer Belegschaft gebildete Vereinigung nicht tariffähig ist, also keine Tarifverträge abschließen kann.

Zwei Unternehmen hatten jede für sich ihre Belegschaften während der Arbeitszeit zusammenberufen und für diese eine Vereinigung, genannt „Betriebschaft“, gegründet. Die gedruckten Satzungen legten die Unternehmen gleich vor. Beiträge wurden nicht erhoben. Der Zweck war, mit diesen Betriebschaften je einen Werktarif abzuschließen, der an die Stelle des allgemeinverbindlich-erklärten Reichstarifs treten sollte. Ministerialrat Dr. Flatow und Prof. Dr. Rastel haben in eingehenden Darlegungen in der Gewerkschafts-Zeitung Nr. 10/11 und Nr. 16 Jahrg. 1926 nachgewiesen, daß derartige Betriebschaften nicht tariffähig sind.

In einer Entscheidung des Schlichtungsausschusses Hagen vom 21. 6. 1926 wird festgestellt, daß sogenannte Werkvereinigungen nicht tariffähig sind.

Der Schlichtungsausschuß Halle a. S. erklärt in einem Schiedsspruch vom 8. 6. 1926 eine Werkvereinschaft (vaterländischer Arbeiterverein im Reichsbund vaterländischer Arbeitervereine) nicht für tariffähig, weil derselbe nur politische Zwecke verfolgte. Derselbe Schlichtungsausschuß hat in einer Entscheidung vom 10. 11. 1927 erneut erklärt, daß Werkvereine nicht tariffähig seien und

ihre Vereinbarungen deshalb nicht die Wirkungen von Tarifverträgen hätten.

Durch Beschluß des Gewerbegerichtes Brieg vom 20. 11. 1926 ist festgestellt worden, daß eine gelegentlich stattfindende Betriebsverammlung keinesfalls als eine Vereinigung von Arbeitnehmern im Sinne der Tarifvertrags-Verordnung angesehen werden kann.

Das Landgericht Köslin, 2. Zivilkammer, hat am 17. 2. 1927 entschieden, daß die Richtlinien und Verträge der Arbeitnehmergruppe des Pommerischen Landbundes keine Tarifverträge im Sinne der vorläufigen Landarbeitsordnung sind. Der Landbund in seiner Arbeitnehmergruppe kann als tariffähig nicht anerkannt werden.

Wegen weiterer Einzelheiten zu den vorstehenden Angaben, insbesondere wegen der Quellen, sei auf die Gewerkschafts-Zeitung, Beilage „Arbeiterrecht und Arbeiterversicherung“, Jahrgang 1925, Seite 26, 1926, Seite 26, 28, 34, 68, 76 und 1927, Seite 4, 50, verwiesen.

Ein einstimmiges Gutachten des erweiterten Vorstandes des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates besagt: „Die Arbeitnehmergruppe des Pommerischen Landbundes und der Reichslandarbeiter-Bund können nicht als selbständige Arbeitnehmerorganisationen bezeichnet werden.“ Siehe Gewerkschafts-Zeitung Nr. 31/1927.

Der Bund der Bädereigenen, Ortsgruppe Königsberg i. Pr., ist nach einem Bescheid des Reichsarbeitsministeriums vom 13. 12. 1927 nicht als tariffähig angesehen worden. Siehe hierzu die „Einigkeit“, Organ des Deutschen Nahrungs- und Genußmittelarbeiter-Verbandes vom 20. 12. 1927.

Soweit sind sämtliche Entscheidungen durchaus im Sinne der Gewerkschaften ausgefallen. Neuerdings bahnt sich jedoch eine andere Entwicklung an. Das Landesarbeitsgericht Berlin, Kammer 5, hat mit Urteil vom 30. 9. 1927 dem Werkverein der Stadt Potsdam bestätigt, daß die Satzungen und Richtlinien des Reichsbundes der vaterländischen Arbeitervereine die Eigenschaft als wirtschaftliche Vereinigung nicht ausschließen.

Von dem Landesarbeitsgericht Stettin ist mit Urteil vom 13. 12. 1927 der Ortsverein Torgelow i. Pom. des Reichsverbandes vaterländischer Arbeitervereine als eine tarif- und vertretungsfähige Organisation anerkannt worden.

Durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Bremen vom 8. 9. 1927 ist der Verein der weiblichen Angestellten bremischer Behörden, sowie der Verein der technischen Angestellten und Beamten des höheren Verwaltungsdienstes in Bremen als tariffähig anerkannt worden.

Die Regierung der Oberpfalz und von Regensburg, Kammer des Innern, hat in einem Bescheid vom 26. August 1927 die Aufassung vertreten, daß auch nicht auf gewerkschaftlicher Grundlage aufgebaute Organisationen als wirtschaftliche Vereinigungen im Sinne des Arbeitsgerichtsgesetzes anzusehen sind.

Schließlich hat, soweit bekanntgewordene Entscheidungen vorliegen, noch das Versicherungsamt des Saalekreises in Halle am 25. 11. 1927 entschieden, daß der Reichsbund vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine in Halle eine wirtschaftliche Vereinigung von Arbeitnehmern ist.

Es gilt natürlich dieser neuen Entwicklung vorzubeugen. Die Tariffähigkeit der Werkvereine lehnen von anerkannten Wissenschaftlern eindeutig ab Prof. Dr. Dr. Joerges, Prof. Dr. Sinzheimer, und zwar Prof. Dr. Dr. Joerges im „Schlichtungswesen“, März 1926, Seite 57:

„Die Vereinigung muß ihren Zweck selbständig in voller Unabhängigkeit, insbesondere ohne in ihren Entschlüssen sich in irgendeiner Weise durch den gesellschaftlichen Gegenspieler beeinflussen zu lassen, zu erreichen suchen. Eine derartige Selbständigkeit ist aber nie vorhanden, wenn die Vereinigung ihre Mitglieder lediglich unter den Arbeitnehmern eines Betriebes sucht, sie muß ihre Mitglieder in allen Betrieben derselben Art suchen. Wie die Arbeitgebervereinigung sich aus verschiedenen Arbeitgebern zusammensetzt, so hat sich die Arbeitervereinigung grundsätzlich aus Betriebsangehörigen verschiedener Betriebe zu bilden. Nur so ist es möglich, die Gleichheit in der Stärke der beiden gesellschaftlichen Gegenspieler zu ermöglichen. Werkvereine sind aus diesem Grunde unfähig, Tariffähigkeit zu erlangen.“

Prof. Dr. Sinzheimer in der „Arbeit“ 1926, Seite 670/671:

„Auch wenn keine offene und geheime Teilnahme der Arbeitgeberseite vorliegt, ist diese Selbständigkeit und Unabhängigkeit nicht vorhanden, wenn es sich um sogenannte Werkvereine handelt, die auf bestimmte Werte beschränkt sind und die Mitgliedschaft von der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Betriebe abhängig machen. Die Aktionen einer solchen Vereinigung werden gehemmt durch die Abhängigkeit, in der die Vereinsmitglieder und ihre Organe auf Grund ihrer Arbeitsverträge mit dem Arbeitgeber stehen. Jede Vereinsbetätigung, die dem Arbeitgeber nicht gefällt, kann mit der Entlassung der in Frage kommenden Mitglieder beantwortet werden. Eine solche Vereinigung ist nicht selbständig und unabhängig. Daß die Gesetzgebung, wenn sie von Vereinigungen von Arbeitnehmern spricht, auch nur solche Vereinigungen im Auge hat, deren Macht außerhalb der einzelnen Betriebe gelegen ist, ergibt sich mit aller Deutlichkeit aus den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes (§ 8, 31, 47, 66 Ziffer 3, 78 Ziffer 2). Wenn in allen diesen Bestimmungen die wirtschaftlichen Vereinigungen von Arbeitnehmern neben die Betriebsvertretung, die die Arbeitnehmer des Betriebes vertritt, gestellt werden und ihnen diesen Betriebsvertretungen gegenüber der Vorrang eingeräumt wird, so kann hierbei unmöglich an Vereinigungen gedacht sein, die nur aus Betriebsangehörigen bestehen. Die Vereinigungen, die das Gesetz in allen diesen Bestimmungen voraussetzt, sind Vereinigungen, die außerhalb der Betriebe ihren Schwerpunkt finden.“

Im übrigen sei auf den grundlegenden Artikel: „Die Bestimmung des Begriffs „Gewerkschaften“ von Clemens Körpel in der „Arbeit“ September 1927, Seite 609/618 verwiesen. In diesem Artikel ist auch sehr vieles Quellenmaterial angegeben. Außerdem ist in demselben der Verlauf einer Begriffsbestimmung für Gewerkschaften unternommen worden, der folgenden Wortlaut hat:

„Die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse werden von ihren wirtschaftlichen Vereinigungen (Gewerkschaften) wahrgenommen:

Wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitnehmern (Gewerkschaften) sind nur solche Vereinigungen, die

1. ausschließlich aus Arbeitnehmern eines Berufes oder eines Industriezweiges bestehen. Soweit Arbeitnehmer als Mitglieder beigetreten sind und dann Arbeitgeber werden, müssen

- fe, im Fall sie weiter Mitglieder der Vereinigung bleiben, von allen Beschäftigungen ausgeschlossen sein;
- auf die Dauer angelegt und von dem Wechsel der Mitglieder unabhängig sind;
  - materiell und ideell vollkommen selbständig und unabhängig sind, insbesondere die zur Erreichung ihrer Zwecke nötigen Mittel aus Beiträgen der Mitglieder ausschließlich aufbringen und keine Unterstützung von Arbeitgebern oder Arbeitgeberverbänden annehmen;
  - nur von Arbeitnehmern geleitet werden und Beiträge in einer Höhe erheben, die ausreichend ist, um die Interessen ihrer Mitglieder in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung wirksam zu vertreten;
  - zur Erreichung der unter 4. genannten Zwecke in ihrer Satzung anerkennen, daß sie auch den Streit als Kampfmittel anwenden wollen, wenn alle anderen Mittel zu keinem annehmbaren Erfolg führen;
  - auf Grund der Satzung bei Streit, Aussperrung und Maßregelung ihren Mitgliedern eine Unterstützung gewähren.

Auf diese Darlegungen seien diejenigen verwiesen, die vor Schlichtungsausschüssen, Arbeitsgerichtsbehörden und in sonstiger Weise zu vertreten haben, daß Werkvereine niemals Gewerkschaften sind.

Im Artikel 165 Absatz 1 Satz 2 der Reichsverfassung werden die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen anerkannt. Was Organisationen sind, hat der Gesetzgeber weder an dieser Stelle noch in einem anderen Gesetz irgendwo umschrieben. Daher ist der Sinn dieser Bestimmung festzustellen. Artikel 165 Absatz 1 der Reichsverfassung begründet das kollektive Arbeitsrecht. Die Gewerkschaften werden als Vertreter der Arbeiterklasse anerkannt, ebenso wie die Arbeitgeberverbände als Vertreter der Arbeitgeberklasse; die von den beiderseitigen Organisationen getroffenen Vereinbarungen werden ebenfalls vom Gesetzgeber anerkannt. Die Gewerkschaften sind daher die Vertretung der Arbeiterklasse im Ausgleich der Interessen zwischen Kapital und Arbeit. Es ist selbstverständlich und der Gesetzgeber hat das auch durchaus eingesehen, daß ein Interessenausgleich nur möglich ist, wenn die Interessen der Arbeiterklasse und die Interessen der Arbeitgeberklasse unabhängig vertreten werden. Die Teile der Arbeiterklasse, die sich auf die Arbeitgeberseite schlagen, kommen für diesen Interessenausgleich auf der Arbeitnehmerseite niemals mehr in Betracht. Der Kollektivismus würde zu einer grotesken, wenn man eine andere Auffassung vertreten wollte. Infolgedessen sind die vaterländischen Arbeitervereine und die Innungsgesellschaften, die sich ausdrücklich auf die Arbeitgeberseite stellen, niemals wirtschaftliche Arbeitnehmervereinigungen. Sie mögen ruhig als Vereinigungen bestehen, so bedauerlich eine derartige Verkennung ihrer Klassenlage durch Arbeiter auch sein mag, aber sie können nicht als fähig angesehen werden, Tarifverträge abzuschließen, weil sie in diesem Sinne keine wirtschaftlichen Vereinigungen sind.

Noch eindeutiger liegen die Verhältnisse bei sämtlichen Werkvereinen. Eine Unabhängigkeit ist nur da vorhanden, wo die Arbeiter selbständig in eine Vereinigung eintreten und wiederum selbständig aus einer Vereinigung ausscheiden können. Der Beitritt zu einer Werkvereinigung erfolgt regelmäßig aus Angst vor Entlassung, den Austritt aus einer Werkvereinigung bestimmt ausschlaggebend dagegen der Arbeitgeber. Wenn sich wirklich einmal das Mitglied einer Werkvereinigung tatkräftig im Sinne der Belegschaft betätigen will, dann hat es der Arbeitgeber sofort in der Hand, dieses Mitglied des Werkvereins zu entlassen. Auf diese Weise wird daselbe automatisch aus dem Werkverein ausgeschlossen, wie überhaupt in solchen Fällen der Arbeitgeber durch Entlassungen beliebig die Mitgliedschaft zu den Werkvereinen beenden und den Mitgliederkreis bestimmen kann. Wo die Verhältnisse zwangsläufig so liegen, kann von Selbständigkeit und von der Anerkennung der Tariffähigkeit natürlich nicht die Rede sein, wenn man nicht den Kollektivismus vollkommen auf den Kopf stellen will. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaftsfunktionäre, in allen gesetzlichen Körperschaften, in denen sie tätig sind und vor denen sie zu tun haben, diese Tatsachen klar vor Augen zu führen. Es handelt sich hier weniger um eine Rechtsfrage, sondern vielmehr um eine Auslegung des Sinnes des Kollektivismus. Der Kollektivismus ist die Grundlage für die Vertretung der Rechte der Arbeiterklasse durch Gewerkschaften. Diese Grundlage darf nicht dadurch verschoben werden, daß auf der Gegenliegende stehende Arbeitergruppen innerhalb der Arbeiterklasse weiter wirksam werden wollen. Die Arbeiter-

gruppen, die sich auf die Arbeitgeberseite geschlagen haben, haben sich damit selbst außerhalb des Kollektiven Arbeiterrechtes gestellt. Noch wichtiger als die Aufklärung der Behörden und Gerichte ist natürlich die Aufklärung der Belegschaften. Würden die Arbeiter keine Werkvereine gründen und nicht Mitglieder von Werkvereinen werden, dann wäre diese ganze Streitfrage überhaupt nicht entstanden. Daß diese Schwierigkeiten bestehen, ist auf Teile der Arbeiterklasse selbst zurückzuführen, die ihre Klassenlage vollkommen verkennen. Diese irregulierten Proletarier gilt es aufzuklären und in die Reihen der Gewerkschaften zu überführen. Je mehr das gelingt, je mehr wird die Streitfrage über die Tariffähigkeit der Werkvereine von der Tagesordnung verschwinden. Also auch hier gilt es zu organisieren und agitieren, um die Grundlage für die Durchführung des Kollektivismus einwandfrei zu schaffen.

### Luzusaufwand und Volkswohlstand

Es ist in den meisten Fällen schwer zu bestimmen, wo das Notwendige aufhört und der Luxus beginnt. Die anzulegenden Wertmaßstäbe hängen von rein persönlichen Empfindungen und dem Stand der Kultur und Zivilisation eines Volkes ab. Es wird gewiß auch heute noch Menschen geben, die die Theaterkarte des Arbeiters und die Wanderfahrt am Wochenende für Luzusaufgaben halten. Es sind eben rein persönliche Maßstäbe, mit denen hier gemessen wird. Wie andererseits der Stand der Zivilisation eines Volkes das Werturteil — ob Luxus oder nicht — beeinflusst, geht daraus hervor, daß heute in dem armen Europa noch zum sehr großen Teil das Automobil als Luxusgegenstand angesehen wird, das ja bekanntlich im reicheren Amerika schon zum notwendigen Gebrauchsgegenstand weitester Volksteile gemordet ist. Diese Beispiele zeigen, daß die Grenze zwischen Notwendigkeiten und Luxus sehr relativ sind und ineinander verschwimmen.

Ein Unterschied zwischen beiden besteht aber trotzdem. Es sei deshalb alles das unter den Luxusbegriff einbezogen, das zur Befriedigung rein persönlicher Bedürfnisse dient und vom Durchschnitt dessen, was sich die Mehrheit der Volksgenossen leisten kann, dem Grade nach sehr stark nach oben abweicht. Zwischen der Wohnung eines Arbeiters, Angestellten oder Beamten und einer mit allem nur irdischen Aufwand erbauten und ausgestatteten Villa besteht dieser Unterschied, ebenso wie zwischen dem bescheidenen Ferienaufenthalt eines Lohn- oder Gehaltsempfängers und der monumentalen Kur in einem in- oder ausländischen mondänen Badeort. Fahrrad oder Motorrad eines Werktätigen und ein mit allen Schikane ausgerüstetes Automobil weisen dieselben Unterschiede auf wie der kostbare Schmuck einer Dame der oberen Reihentafel und die schlichte Kleidung eines mit weniger materiellen Gütern gesegneten Menschenkinds. Im Preis und der Ausstattung liegen, wie die angeführten Beispiele dartun, die stark in die Augen springenden Unterschiede.

Wer kann sich nun heute Luzusaufgaben großen Stils leisten? Die Mehrheit des Volkes, die ja aus Lohn- und Gehaltsempfängern besteht, gewiß nicht. Ihr Einkommen hat zum großen Teil kaum den Vorkriegsstand erreicht. Es gilt aber als unbestreitbare Tatsache, daß es in dem deutschen Volk noch nie soviel Menschen mit übermäßig hohem Einkommen gegeben hat wie heute. Im Warenhandel werden ganz erhebliche Gewinne gemacht. Das zeigt die Veränderung des Straßenbildes jeder Stadt. Die Front der Verkaufsgeschäfte würde gewiß nicht dauernd wachsen, wenn sich die hier zu erwartenden Einnahmen nicht ganz erheblich von dem niedrigen Einkommen eines Arbeiters oder Angestellten unterscheiden würden. Ein Vergleich zwischen dem Fabrikpreis (der, nebenbei erwähnt, dem Unkundigen nur in den allerletzten Fällen einmal bekannt wird) und dem Preis, den der letzte Verbraucher zahlen muß, zeigt gewaltige Differenzen, die eben dem Zwischenhandel zugute kommen. Auch die leitenden Stellungen in der Industrie werden heute so bezahlt, daß sich ihre Inhaber Luzusaufgaben allergrößten Ausmaßes leisten können. Es sei nur an den vor einigen Monaten zu Ende gegangenen 27tägigen Prozeß gegen den Direktor Zimmann von der elektromechanischen Firma Reinger, Gebbert & Schall erinnert. In diesem Prozeß erklärte u. a. Kommerzienrat Schäfer von den Vinger-Werken als Sachverständiger, daß Jahresgehälter von 300 000 bis 400 000 Mark in der rheinischen Schwerindustrie, bei den Farbwerken, in der Kalt- und Kunstseidenindustrie, vornehmlich aber in den mitteldeutschen Großbetrieben durchaus üblich seien. Wenn man bedenkt, daß Kommerzienrat

Schäfer hier unbedingt als Kenner der Verhältnisse gilt, und zum Andenken in Betracht zieht, daß das Handbuch der Direktoren und Aufsichtsräte in der Nachkriegszeit zu einem sehr dicken Bande angeschwollen ist, so kann man ungefähr ermessen, welche Riesensummen als Direktorengehälter ein Betrieb herauswirft. Das Einnehmen von 10 000 Mark und mehr täglich für Lebensnotwendigkeiten auszugeben unmöglich ist, ist klar. Hier liegen die großen Quellen des Luxussumms.

Wir haben nun zu untersuchen, wie sich dieser Luxusverbrauch im Rahmen der Gesamtwirtschaft auswirkt. Es liegt eine Gefahr darin, wenn folgendermaßen argumentiert wird: Gut, das Geld wird ausgegeben, auch für Luzusanlagen. Aber zu deren Herstellung sind Arbeitskräfte notwendig. Die dadurch erforderliche Mehrbeschäftigung wirkt sich in einer Kaufkraftsteigerung und damit wirtschaftsbelebend aus. Diese Begründung ist tatsächlich schon gegeben worden, allerdings von Kreisen, denen es peinlich sein muß, wenn über die Höhe ihres Einkommens und dessen Verwendung gesprochen wird.

Sierzu wäre zu entgegnen, daß das schon auf all die Waren nicht zutrifft, die im Auslande gekauft werden. Und gerade beim Bezug von Luxusartikeln ist der vermehrte Geldumlauf auf Auslandswaren gerichtet (Pelze, Edelsteine usw.). Aber noch mehr, Luxuskonsum läßt auf das Vorhandensein großer Kaufkraft schließen. Es erhebt sich nun die Frage, ob es nicht möglich ist, diese auf einen breiten Kreis des Volkes zu verteilen. Es würden ihr dann genau dieselben wirtschaftsbelebenden Wirkungen innewohnen, nur mit dem Unterschiede, daß einige Stufen im wirtschaftlichen Kreislauf — Erzeugung und Vertrieb von Luxusgegenständen — in Fortfall kämen. Diese Möglichkeit auszuschöpfen, ist theoretisch beispielsweise dadurch gegeben, daß die Verdienste des Zwischenhandels gemindert und dafür die Warenpreise gesenkt werden könnten, oder auch, indem die oben angeführten Riesengehälter einiger leitender Personen auf ein erträgliches Maß herabgesetzt und der Rest in Lohnerhöhungen der Arbeiterschaft umgelegt wird.

Dadurch würde einmal, soweit der Luxusverbrauch von Auslandswaren in Frage kommt, eine Minderung der Passivität unserer Handels- und Zahlungsbilanz eintreten, eine Wirkung, die im Interesse der deutschen Gesamtwirtschaft außerordentlich erwünscht wäre. Des weiteren würde viel falscher Glanz verschwinden, denn gerade der Luzusaufwand fällt stark in die Augen und täuscht einen Wohlstand vor, der nicht vorhanden ist. Außerdem würden Arbeitskräfte frei, die zur Produktion von lebensnotwendigen Gütern angefordert werden müßten, da sich die Nachfrage nach ihnen verstärkt hätte. Diese Möglichkeiten sind vorhanden. Zur Wirklichkeit werden können sie nur durch gewerkschaftliche Arbeit. Von der zahlenmäßigen und finanziellen Stärke der Arbeiterorganisationen wird es abhängen, in welchem Maße die aufgezeigten wirtschaftlichen Uebelstände zum Besten des Gemeinwohls beseitigt werden können.

F. V.



- Gesperrt.**
- Gau NO: In Königsberg die Firma Pelz. — In Steffin Kreis der Steinarbeiter. — Brandenburg a. d. S. ist von Steinmehl zu meiden.
  - Gau: In Riegnitz Granitwerk Paul Fingas.
  - Gau: In Leipzig das Grab- und Kunststeingeschäft B. R. Weiske wegen Betruges bei den Abzügen zur Sozialversicherung usw. — In Camina und Radibor (Bezirk Bauhen Sa.) die Betriebe der Firma Preißer wegen dauernder Lohnhöhen. — In Köbau-Doppach (Sächsische Lausitz) Streit in den dortigen Granitsteleferien; circa 500 Kollegen kommen in Betracht.
  - Gau: In Detmold die Firma Karl Meier, weil sie den Steinarbeitern keinen Lohn zahlt. — Dessau ist von Steinarbeitern nach wie vor zu meiden; ebenso Lutter und Pögned und Saalfeld, Jena und Naucha.
  - Gau: Köln. Die Lohnbewegung der Marmorarbeiter ist noch nicht erledigt. Die Fa. Wings u. Utgen,

### Alkohol, Arbeitsleistung und Betriebsunfall

Von Dr. med. Max Grünwald, Dortmund.

Die Eigenart der Genußgüter, zu denen der Alkohol gehört, besteht darin, daß sie mehr oder weniger lange und in verschiedener Stärke die Tätigkeitsgebiete des Nervensystems angenehm verändern. Im Alltag des Lebens, im Kampf um Dasein wird eine solche Wirkung von Menschen aller Klassen gesucht, und es erscheint bei diesem Gedankengang auch verständlich, daß eine Reihe Leute in ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis von den Genußgütern gerät. Der Alkohol reizt wie kein anderes Genußmittel zum Mißbrauch, er soll dem einen den Durst stillen, dem anderen die Sorgen verschweigen und einem dritten den Schlaf herbeizubereiten. Welche Einfluß hat nun der Alkohol auf die Arbeitsleistung?

An einem Apparat läßt sich durch Gewichtshoben nachweisen, daß der unter Alkohol stehende Mensch anfangs schneller arbeitet als der nüchterne, daß aber bereits nach 15 bis 40 Minuten die Leistung bei Wirkung von 60 Gramm Alkohol wesentlich abfällt. Man kann das Zurückbleiben der Arbeitsleistung auf etwa 17 Prozent berechnen. Neben der Muskelwirkung ist es vor allen Dingen die Selbsttäuschung, welche als Folgeerscheinung des Alkoholgenusses auftritt. Die Arbeit wird schneller und unkontrollierter geleistet, es fehlt eine ökonomische Verteilung der Kräfte, welche gerade im Berufsleben außerordentlich wichtig ist; es fehlt ferner an der unentbehrlichen Selbstkritik.

Besonders auffallend ist die Einwirkung des Alkohols auf das Seelenleben: Die Sinnesempfindungen werden stark gesteigert, Sinneseindrücke werden zu frühzeitig und falsch empfunden und angegeben. Diese Wirkung tritt bei einem sonst nüchtern lebenden Menschen schon durch Trinken von 10 Gramm Alkohol, gleich einem Glas Korn, auf. Eine weitere Folge des Alkoholgenusses besteht in der Verminderung der Auffassungsfähigkeit: Von 100 Worten werden nur etwa 59 eine halbe Stunde nach Aufnahme geistiger Getränke richtig nachgesprochen; der unter Alkohol Stehende bleibt „am Worte kleben“, anstatt daß er z. B. auf das Wort Baum das Ergänzungswort Wurzel, Ast oder Blatt nennt, kommt er auf gleich klingende Wörter zurück.

Der Wert geistiger Arbeit wird unter Einwirkung des Alkohols ebenfalls herabgesetzt. Bei einem Versuch an Schriftsetzern hat die Leistung nach dem Genuß von 40 Gramm Alkohol um etwa 8 bis 17 Prozent nachgelassen und bei längerem Alkoholgenuß ist selbst am trinkfreien Tage eine Nachwirkung noch festzustellen gewesen. Zwei gleichwertigen Schülergruppen wurden im Jahre 1914 von Bindemann am Gymnasium zu Mülhausen im Elsaß Aufgaben im Logarithmenrechnen gestellt, die Gruppe, die Alkohol erhielt, rechnete schneller, hatte aber 58 bis 75 Prozent Fehler mehr als die alkoholfreie Gruppe. Es liegt also die Schnelligkeit, aber die Leistung sank, und die Zahl der Fehler mehrte sich. Zu der Herabsetzung geistiger Leistung kommt noch, daß der Alkoholgenuß eine starke Ablenkbarkeit mit sich bringt: Neben sächliche Dinge werden in zwei Gruppen ist selbstverständlich nicht bei jedem Unfall deutlich

erkennbar. Es gibt passive Unfälle, bei denen sich vielleicht doch irgendwie ein geringfügiges eigenes Verschulden konstruieren läßt; jedoch zur psychologischen Prüfung der Unfallfrage ist es gut, eine solche Zweiteilung zu treffen, um die psychischen Qualitäten zu erforschen, welche die Unfallaffinität, d. h. die persönliche Anlage und Neigung zu Unfällen bedingen.

Beim passiven Unfall ist entscheidend die außerordentliche Geistesgegenwart, der große Mut und die sichere Entschlossenheit. Bei Schilderung größerer Unglücksfälle in den Zeitungen lesen wir fast immer, daß einige Personen, die eben diese Eigenschaften in hohem Maße besitzen, sich gerettet haben. Der persönliche Faktor, der beim passiven Unfall eine Rolle spielt, liegt nicht im Bereiche der äußeren Sinne, wie z. B. Gehör, Gesicht, Gefühl, sondern ist zentral gelegen. Es kommt auf Geistesgegenwart, Reaktionsgeschwindigkeit, Mut und Entschlossenheit an. Beim aktiven Unfall spielt die Fähigkeit der äußeren Sinne eine bedeutende Rolle. Menschen mit normalfertigen Augen und feinempfindenden Ohren werden die Gefahren eher von sich abwenden als krankhaft Belastete. Beim aktiven Unfall kommen also außer den zentralen Faktoren: Sorgfalt, Vorsicht, Reaktionsgeschwindigkeit und Aufmerksamkeitseigenschaften, die Fähigkeit der äußeren Sinne, als periphere Faktoren, in Betracht und zwar: Die physiologische Sinnesfähigkeit, Körperbewegungsgewandtheit und Handgeschicklichkeit.

Durch den Einfluß des Alkohols auf das Zentralnervensystem gehen im seelischen Gebiet zunächst die feineren Grade der Aufmerksamkeit, des Urteils, der Ueberlegung und der Auffassungsfähigkeit, verloren, während die übrigen geistigen Tätigkeiten sich noch im normalen Zustande erhalten. Die Untersuchungen über die Beeinflussung der einfachsten seelischen Vorgänge durch den Alkohol ergeben aber nicht unmittelbar, was Wirkung und was Folge der letzteren ist und wie gewisse Funktionen indirekt durch die Veränderungen anderer, z. B. durch den Fortfall von Hemmungen beeinflusst werden. Diese Wirkung des Alkohols auf das Zentralnervensystem und damit auf die Seele ist eben außerordentlich verschieden bei den einzelnen Personen und abhängig von dem jeweiligen Ernährungs-, Kräfte- und Gemütszustand. Eine Norm für die Mäßigkeit oder eine zahlenmäßige Angabe bezüglich des Mißbrauchs alkoholischer Getränke ist selbst für ein und dieselbe Person unmöglich, da sie von den verschiedensten Gelegenheitsumständen abhängt. Dazu kommt noch, daß die einzelnen Alkoholarten an sich eine außerordentlich große Unterschiedlichkeit bezüglich ihrer Wirkung haben. Von Fall zu Fall kann man wohl bestimmen, ob es sich um übermäßigen Alkoholgenuß handelt. Aber eine allgemeine Festsetzung ist unmöglich. In dem Alkoholmerkblatt des Reichsgesundheitsamtes (Ausgabe 1912) heißt es deshalb u. a.: „Allgemein festsetzbare Grenzen zwischen Mäßigkeit und Unmäßigkeit im Alkoholgenuß gibt es nicht; sie sind sogar für den einzelnen Menschen verschiedene nach seinem jeweiligen Ernährungs-, Kräfte- und Gemütszustand.“

Kraepelin hat zuerst darauf hingewiesen, daß die Wirkung von geringen Alkoholmengen nach 12, ja selbst 48 Stunden noch deutlich zu spüren ist. Das beweist z. B. die verhältnismäßig hohe Zahl der Unfälle am Montag, wenn man auch berücksichtigen muß, daß während des arbeitsfreien Sonntags ein gewisser Ueberlebensverlust eingetreten ist. Vergleicht man aber die Zahl der Unfälle an den einzelnen Wochentagen in Deutschland aus dem Jahre 1897 und in Norwegen aus dem Jahre 1900 bis 1903, so zeigt sich, daß — der Tagesdurchschnitt gleich 100 gesetzt — der Montag in Deutschland mit 123, der Dienstag in Norwegen mit 126,5 die höchste Zahl von Unfällen gegenüber den anderen Wochentagen aufweist. Bei dieser Gegenüberstellung muß man beachten, daß in den Städten Norwegens von Sonnabend mittags bis Montag früh kein Brautwein ausgeschenkt worden ist, so daß das Maximum der Alkoholwirkung

nicht auf den Montag, sondern auf den Dienstag fiel. Man sieht also deutlich, welchen Einfluß der Alkoholgenuß auf die Zahl der Betriebsunfälle hat.

Es genügt nicht — besonders bei der Verantwortlichkeit in gewisigen Betrieben, wo ein kleiner Fehlgriß das Leben einer ganzen Reihe von Arbeitern bedrohen kann —, daß während der Arbeitszeit Enthaltsamkeit von Alkohol geübt wird, sondern es muß auch 24 Stunden vor Eintritt des Dienstes der Genuß geistiger Getränke gemieden werden.

Kennzeichnend ist die Tatsache, daß unter den Angehörigen des Alkoholgenusses mehr Unfälle vorkommen, als in anderen Berufen. Nach den Unterlagen der Gothaer Versicherungsgesellschaft beträgt in den gewerblichen Berufsgenossenschaften die durchschnittliche Unfallhäufigkeit 8,07 v. T., während sie für die Brauer sich auf 13,6 v. T. beläuft. Das Köchlingsche Stahlwerk in Böllingen bei Saarbrücken hat bei seinen Arbeitern festgestellt, daß die Enthaltamen eine um 50 Prozent niedrigere Unfallhäufigkeit aufweisen, als die gesamte Belegschaft.

Eine ähnliche Beobachtung hat die Ise der Hütte machen können: In den Jahren 1897 bis 1900 entfielen auf je 100 Arbeiter jährlich 9,47 bis 15,11 Unfälle; im Jahre 1900 wurde den Flaschenhändlern der Zutritt verboten und die Hüttenverwaltung gab neben Bier Mineralwasser und Kaffee zu billigem Preise aus, so daß von da an weniger Bier getrunken wurde. Die Zahl der Unfälle ging im Jahre 1904 bis auf 3,20 herunter. Der Tatsache, daß die Enthaltamen seltener von Unfällen betroffen werden, tragen auch englische Unfallversicherungen Rechnung; 38 Gesellschaften gewähren den Enthaltamen 10 Prozent Betragsnachlaß, 4 andere 5 Prozent; auch in Deutschland sind einige Versicherungsgesellschaften dazu übergegangen, ähnliche Vergünstigungen zu gewähren.

Wir haben gesehen, daß beim aktiven Unfall zentrale und periphere Faktoren in Betracht kommen. Im seelischen Gebiet werden aber durch den Alkohol zuerst die feineren Grade der Aufmerksamkeit, des Urteils, der Ueberlegung und Auffassungsfähigkeit gestört, also eben die Faktoren, die zur Unfallvermeidung vollkommen unerlässlich sein müssen, und die auch beim passiven Unfall insofern eine Rolle spielen, als durch sie Geistesgegenwart, Mut und Entschlossenheit auf den richtigen Rettungsweg gelenkt werden, während der Alkohol eine starke Steigerung der Sinnesempfindungen bedingt, so daß diese zu frühzeitig und falsch wahrgenommen werden. Die Vermeidung der Unfallgefahr im heutigen Berufsleben beansprucht aber alle Sinne und benötigt angestrengte Aufmerksamkeit.

Von der werktätigen Bevölkerung sollten Tee und andere Erfrischungsgetränke dem Alkoholgenuß vorgezogen werden, weil die Folgen eines Alkoholmißbrauchs nicht allein am Tage des Ergesses, sondern auch noch am nächsten Tage durch verminderte Geistesfrische in Erscheinung treten, und weil diese lähmende Nachwirkung dem Tee und ähnlichen Erfrischungsgetränken fehlt, obgleich z. B. der Tee die normale Leistungsfähigkeit aufrechterhält und in leichtem Maße steigert, wenn normale Ermüdungsbedingungen eine Senkung veranlaßt haben.

Wer einerseits die Ergebnisse wissenschaftlicher, medizinischer Forschung betrachtet und andererseits daneben die statistischen Ergebnisse sieht, kann sich nicht der Folgerung verschließen, daß nur Unkenntnis weiter Bevölkerungsteile über die Beziehungen zwischen Alkohol, Arbeitsleistung und Betriebsunfall Zustände schafft, die dem Volkstörper schaden, daß dagegen in regelmäßigen Zwischenräumen erfolgende Aufklärung in diesen Dingen dazu beiträgt, Leistungssteigerung und Sicherheit in der Berufsarbeit zu erhöhen und soziales Elend zu mindern. So daß Volksgeundheit und Volkstraft in stets aufsteigender Linie sich entwickeln können.

**S. m. b. S.**, hat acht Kollegen entlassen, was jedenfalls mit der Tarifbindung zusammenhängt.

**6. Gau:** In **Mannheim** und **Ludwigshafen** haben Steinmehlen alle Betriebe zu meiden, wegen Tarifstreits und unberechtigter Entlassung orisanfänger Kollegen. — Von **Niederfirchen** bei **Kaiserslautern** ist wegen der dortigen mäßigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse jeder Zugang fernzuhalten. Wer sich vor Schäden schützen will, beachte den vorstehenden Hinweis.

**7. Gau:** In **Wurtz** bei **Pilgrimsreuth** (Oberfr.) das **Schotterwerk** von **Bernhard Heß**. — In **Regensburg** stehen Steinmehlen und **Pflasterer** in Lohnbewegung. Zugang unerwünscht.

**8. Gau:** In **Augsburg** sind die Tarifverhandlungen der Steinmehlen und **Schleifer** noch nicht beendet.

**Schweiz.** Die Maßregelungsdisparitäten in der Firma **Schmid Weber's Erben** in **Dietikon** sind noch nicht geschlichtet. Zugang möge noch ferngehalten werden.

In **Kreuzlingen** haben die **Granitsteinhauer** Forderungen bei der Firma **Sauter** eingereicht, sie verlangen die gleichen **Affordräge** wie im **Landesvertrag** für **Denkmalbranche**.

Firma **Cueni** in **Laufen** sucht in **Deutschland** **Steinhauer** auf **Sandstein**, im **Afford.** Die Firma ist die einzige, die noch **Afford** verlangt, und sind die **Verdienste** dort trotzdem pro **Stunde** **30 bis 50 Cent** niedriger als andersorts. Im **Nahen Basel** ist der **Durchschnittslohn** **2,30** **Frank**, in **Laufen** wird bezahlt von **1,40 bis 1,70** **Frank**.

Alle **Steinmehlen** und **Steinseger**, die in die **Schweiz** kommen, wollen sich sofort nach **Eintreffen** beim **Unterzeichneten** melden unter **Angabe** ihrer **Adresse**. **Kob. Kolb**, **Volkshaus**, **Zürich**.

**Düsseldorf.** **Richtigstellung** des **Verwaltungsberichtes** **Düsseldorf** vom **5. November 1927** in **Nr. 50** des „**Steinarbeiter**“ in **Punkt** **Verchiedenes** (**Ludwig** und **Schmidt**). Auf meine **Anfrage** in dieser **Verammlung**, **betr. Kaffierer**, hat **Kollege** **Lenarz** nicht **geantwortet**, **Ludwig** und **Schmidt**, sondern nur **Schmidt**. **Ludwig** war nicht **anwesend**, er ist auch ohne **Unterbrechung** **kassiert** worden vom **Kollegen** **Dormann**. Auch hat **Kollege** **Lenarz** nicht **geantwortet**, daß es **erwiesen** wäre, daß bei **Ludwig** u. **Schmidt** dieselben **Mißstände** wären wie bei **jedem** anderen **Unternehmer**, daß der **Afford** in **voller** **Blüte** stand, sowie **10 Stunden** **täglich** oder **65 Stunden** die **Woche** und **dann** **Arbeitsgericht**. Auch ist das **Wort** „**Subunternehmer**“ nicht **gefallen**. Dieses ist in der **Steinseger**-**Verammlung** vom **7. Januar 1928** vom **Kollegen** **Lenarz** bereits **richtiggestellt** worden und er **wundert** sich, daß dieses **dennoch** in den **Bericht** **hinein** gekommen ist. **Kollege** **Bischle** als **Schriftführer** **weigerte** sich, die **Sache** **richtigzustellen**.

**Fr. Schmidt**, **Düsseldorf**, **Corneliusstr. 97**.

**Raumünzsch.** Um die **Kollegen** der **Granitwerkstein-** und **Pflastergruppe** vor **Enttäuschungen** zu **bewahren**, ist es **notwendig**, auf **folgendes** **hinzuweisen**: **Fortgesetzt** **kommen** **Kollegen** der **genannten** **Gruppen** in **Raumünzsch** **zugereist**, ohne **Rücksicht** darauf, daß **hier** **selbst** **anständige** **arbeitslose** **Berufsangehörige** **sind**. Das **Zureisen** **wird** **bis** **zu** **einem** **gewissen** **Grade** **damit** **entschuldigt** **werden** **können**, daß **es** **in** **der** **Hauptache** **die** **hiesige** **Firma** **Recht & Siegel** **versteht**, **immer** **wieder** **fremde** **Pflastersteinarbeiter** **hierher** **zu** **locken**, **obgleich** **eine** **Betriebsstilllegungsanzeige** **dieser** **Firma** **beim** **Landeskommissar** **liegt**. Was **dann** **aus** **den** **Stein-** **arbeitern** **wird**, **wenn** **der** **Betrieb** **stillliegt**, **denen** **man** **zuvor** **das** **Blaue** **vom** **Himmel** **versprochen** **hat**, **geht** **den** **Firmeninhabern** **natürlich** **nichts** **an**. Eine **andere** **Firma** **hat** **den** **Betrieb** **schon** **seit** **acht** **Wochen** **stillgelegt**, **weil** **die** **Arbeiter** **sich** **weigerten**, **das** **Kleinpflaster** **um** **25 Prozent** **billiger** **zu** **machen**. In **der** **Werkstein-** **gruppe** **und** **in** **der** **Pflastergruppe** **ist** **das** **gegenwärtige** **Lohnabkommen** **zum** **28. Februar** **gekündigt**. **Wir** **halten** **es** **für** **selbstverständlich**, daß **jeder** **reisende** **Kollege**, **wenn** **er** **hierher** **will**, **sich** **erst** **schriftlich** **bei** **dem** **Vorsitzenden**, **Kaver** **Heimerl**, **in** **Schönminzsch** (**Württemberg**) **erkundigt**. Diese **Solidarität** **können** **wir** **von** **den** **fremden** **Kollegen** **unbedingt** **verlangen**.

**Chemnitz.** Am **14. Januar** fand unsere **gut** **besuchte** **General-** **versammlung** **statt**. Die **Tagesordnung** **umfaßte** **7 Punkte**. Nach **dem** **Jahresbericht** **des** **Vorsitzenden** **Kunath** **wurde** **zur** **Neuwahl** **der** **Verwaltung** **geschritten**. **Einstimmig** **wurden** **die** **alten** **Vor-** **standsmitglieder** **wiedergewählt**. **Anerkennenswerterweise** **sprangen** **für** **die** **amtsübenden** **Hilfskassierer** **die** **Kollegen** **Benedix** **und** **Göbel** **ein**. Die **drei** **Lohnkommissionen** **wurden** **durch** **alte** **und** **erfahrene** **Kollegen** **wieder** **besetzt**. **Ebenso** **die** **anderen** **Funktionen** **konnten** **mit** **arbeitsfreudigen** **Kollegen** **besetzt** **werden**. **Dem** **Kassierer** **erteilte** **die** **Verammlung** **einstimmig** **Entlassung**. **Der** **Kollege** **Rudolf** **übernahm** **vor** **einem** **Jahre** **die** **Kasse** **mit** **dem** **festen** **Willen**, **die** **Lokalafälle** **in** **die** **Höhe** **zu** **bringen**. **Leider** **war** **ihm** **das** **infolge** **des** **Verbandsbeschlusses** **nicht** **möglich**. **Zu** **diesem** **Punkte** **setzte** **eine** **sehr** **sachliche** **Distussion** **ein**, **wobei** **zum** **Ausdruck** **kam**, **daß** **es** **ländlichen** **Bezirken**, **die** **meist** **nur** **eine** **Fachgruppe** **umfassen**, **möglich** **ist**, **mit** **ihrem** **Gelde** **auszukommen**. **Dort** **gibt** **nur** **ein** **Tarif**, **nur** **eine** **Tariffkommission** **ist** **tätig**. **Für** **die** **ganze** **Zahlstelle** **wird** **die** **Verwaltungsarbeit** **nur** **von** **wenigen** **Kollegen** **einheitlich** **besorgt**. **Ganz** **anders** **sieht** **das** **in** **den** **Großstädten** **aus**, **die** **keine** **besoldeten** **Angehörigen** **haben**. **Bei** **uns** **in** **Chemnitz** **umfaßt** **die** **Zahlstelle** **drei** **Fachgruppen**. **Jede** **Gruppe** (**Steinseger**, **Steinmehlen** **und** **Marmorarbeiter**) **müssen** **ihre** **Lohnkommissionen** **für** **sich** **haben**. **Jede** **Verhandlung**, **jede** **Sitzung** **und** **Verammlung** **(außer** **der** **Generalversammlung)** **tagt** **für** **sich**. **Ist** **auch** **gar** **nicht** **anders** **möglich**. **Eine** **Fülle** **von** **Sitzungen**, **Konferenzen**, **Verhandlungen**, **Bautkontrollen**, **Arbeitsgerichtsverhandlungen** **u. s. w.** **sind** **nötig**. **Das** **alles** **wurde** **nur** **allein** **von** **den** **Zahlstellenfunktionären** **ohne** **Mithilfe** **der** **Zentrale** **oder** **Gauleitung** **bewältigt**. **Am** **Ende** **der** **De-** **batte** **wurde** **einstimmig** **folgende** **Resolution** **angenommen**: **Die** **Zahlstelle** **Chemnitz** **erachtet** **die** **Erhöhung** **der** **Lokalbeiträge** **für** **ihre** **Mitglieder** **als** **untragbar** **insofern**, **weil** **sie** **die** **höchsten** **Beiträge** **(?)** **im** **Reiche** **zahlen**. **Die** **Generalversammlung** **fordert** **von** **der** **Zentrale**, **den** **prozentualen** **Anteil** **in** **alter** **Höhe** **einzuführen**, **wie** **vor** **dem** **Verbandstage** **1927**. **Im** **Ablehnungsfalle** **müssen** **wir** **den** **Zentralvorstand** **für** **die** **daraus** **entstehenden** **Folgungen** **voll** **verantwortlich** **machen**. — **Dann** **wurde** **im** **Gewerkschaftlichen** **der** **Chrun** **von** **vier** **Kollegen** **gedacht**, **die** **auf** **eine** **25jährige** **Ver-** **bandszugehörigkeit** **zurückzuführen**. **Der** **Vorsitzende** **fand** **schlichte** **aber** **herliche** **Worte** **bei** **der** **Ueberreichung** **des** **Verbandsdiploms**. — **Im** **nächsten** **Punkte** **verlas** **der** **Vorsitzende** **die** **neuen** **Bestimmungen** **über** **die** **Karenzzeit** **bei** **Erwerbslosigkeit**. **Demzufolge** **kommen** **nur** **drei** **Tage** **in** **Frage**.

**Kaiserslautern.** Am **15. Januar** tagte beim **Kollegen** **Lambrecht** unsere **Generalversammlung**. **Der** **Vorsitzende** **gab** **in** **seinem** **Geschäftsbericht** **nochmals** **einen** **kurzen** **Ueberblick** **und** **hob** **hervor**, daß **das** **Jahr** **1927** **in** **der** **Berufstätigkeit** **ein** **gutes** **war**, **ja** **man** **kann** **sagen**, **es** **war** **hochkonjunktur**. **Auch** **für** **die** **Ortsverwaltung** **gab** **es** **Arbeit** **genug** **durch** **Lohnbewegung** **und** **Agitation**. **Hauptsächlich** **ist** **es** **das** **Schleifgebiet** **Schopp-Kridenbach**, **das** **den** **Kollegen** **in** **der** **übrigen** **Steinindustrie** **der** **Palz** **bei** **jeder** **Lohnbewegung** **als** **Konkurrenz** **vorgeworfen** **wird**. **Im** **Kassenbericht** **wurde** **festgestellt**, daß **im** **4. Quartal** **wenig** **Arbeitslosenmarken** **gelebt** **wurden**, **also** **ein** **Beweis**, daß **die** **Beschäftigung** **noch** **anhält**. **Nach** **einer** **kurzen** **Debatte** **hob** **der** **Vorsitzende** **hervor**, daß **unser** **ganzes** **Augenmerk** **dem** **Kunfstein** **zugewendet** **werden** **müsse** **und** **seiner** **Verbreitung** **in** **einem** **so** **großen** **Natursteingebiet** **wie** **der** **Palz** **mit** **aller** **Macht** **zu** **begegnen** **sei**. **Bei** **der** **Neuwahl** **wurden** **der** **Vorsitzende** **und** **der** **Kassierer** **wiedergewählt**. **Im** **Punkte** **Verchiedenes** **gab** **Koll. Aug. Fuchs**, **Kridenbach**, **bekannt**, daß **er** **alles** **versuchen** **werde**, **in** **seinem** **Gebiet** **mit** **der** **Organisation** **hochzukommen**. **Hoffentlich** **wird** **er** **auch** **darin** **von** **dortigen** **Kollegen** **genügend** **unterstützt**, **von** **Kaisers-** **lautern** **aus** **fehlt** **es** **nicht**. **Nachdem** **die** **Hilfskassierer** **bekannt-** **gegeben** **waren**, **fand** **die** **Verammlung** **ihre** **Ende**.

**Siddesen.** Am **15. Januar** fand die **Generalversammlung** **statt**. **Tagesordnung:** **1. Kassenbericht** **und** **4. Quartal**. **2. Kartellberichte**. **3. Neuwahl** **des** **Vorstandes** **4. Verchiedenes**. **Vor** **Eintritt** **in** **die** **Tagesordnung** **streichte** **der** **Vorsitzende** **in** **erster** **Linie** **in** **seinem**

**Jahresbericht** **die** **wirtschaftliche** **Lage**, **die** **sich** **für** **unser** **Gewerbe** **gut** **angelaßen** **hat**. **Großer** **Auftraggeber** **war** **die** **Stadtgemeinde** **Deimold**. **Durch** **die** **Konjunktur** **hatten** **wir** **die** **Möglichkeit**, **den** **ausgearbeiteten** **Tarif** **der** **Zahlstelle** **zur** **Anerkennung** **zu** **bringen**. **Kurz** **vor** **Weihnachten** **aber** **waren** **die** **Aufträge** **ziemlich** **erlebigt**, **und** **fast** **alle** **Mitglieder** **der** **Zahlstelle** **mußten** **die** **Arbeitslosen-** **versicherung** **als** **Weihnachtsgeheim** **in** **Anspruch** **nehmen**. **Sobald** **am** **Orte** **die** **Konjunktur** **einigermaßen** **wieder** **besser** **wird**, **müssen** **wir** **den** **alten** **Lohnvertrag** **den** **Preissteigerungen** **und** **Sozial-** **lasten** **anpassen**. **Dann** **gab** **der** **Kassierer** **den** **Kassenbericht** **vom** **4. Quartal**. **Die** **Kassenverhältnisse** **erwecken** **Zufriedenheit**. **Der** **Kassierer** **wurde** **entlastet**. **Kollege** **Klute** **gab** **den** **Kartellbericht**. **Bei** **der** **Neuwahl** **wurde** **der** **alte** **Vorstand** **wiedergewählt**. **Vom** **Kassierer** **wurde** **noch** **die** **Anregung** **gegeben**, **den** **restierenden** **Kol-** **legen** **in** **der** **Zahlstelle** **nochmals** **eine** **Frift** **von** **vier** **Wochen** **zu** **geben**. **Es** **wird** **so** **beschlossen**. **Ebenso** **ist** **das** **„Arbeitsrecht“** **von** **der** **Zahlstelle** **gekauft** **worden**. **Der** **Vorsitzende** **schloß** **die** **Ver-** **ammlung** **mit** **der** **Aufforderung** **guten** **Zusammenarbeitens**.

**Beiersdorf.** **Bezirkskonferenz** **am** **15. Januar**. **Der** **Kollege** **Mehrjort** **wurde** **zum** **Versammlungsleiter** **gewählt**. **Vaut** **Prä-** **sensliste** **sind** **4 Plätze** **nicht** **vertreten**. **Kollege** **Schwarz** **berichtet** **über** **den** **Gang** **und** **den** **bisherigen** **Stand** **des** **R.W.B.** **Er** **erinnerte** **an** **seine** **Bemühungen** **in** **dieser** **Sache**, **wiederholte** **Vorstandsfragen**, **Verammlung**, **auch** **daß** **Kollege** **Mändlerich** **gelegentlich** **in** **dieser** **Angelegenheit** **persönlich** **vorsprach**, **und** **deren** **negatives** **Ergebnis**. **Nun** **habe** **aber** **die** **Zentrale** **in** **letzter** **Zeit** **immer** **dringlicher** **und** **häufiger** **an** **uns** **wegen** **dieser** **Materie** **geschrieben** **und** **die** **Kot-** **wendigkeit** **der** **Umrechnung** **erläutert**, **da** **durch** **unser** **Weigerung** **die** **Ausgabe** **des** **Neudrucks** **des** **Tarifes** **verhindert** **werde** **und** **eine** **Anzahl** **von** **Kollegen** **durch** **unser** **Verhalten** **geschädigt** **würden**. **Unter** **anderen** **haben** **sich** **auch** **die** **Kollegen** **Weidenhammer** (**Oden-** **wald**) **und** **Schütt** (**Nostok**) **an** **uns** **gewandt**, **unser** **Gründe** **für** **nicht** **stichhaltig** **erachtet** **und** **uns** **nahegelegt**, **unseren** **„Starrsinn“** **ausgehoben** **und** **das** **bisher** **Unterlassene** **nachzuholen**, **da** **auch** **sie** **durch** **das** **Nichtausgebenkönnen** **des** **Tarifes** **finanzielle** **Nachteile** **in** **ihrem** **Bezirk** **hätten**. **Zu** **guter** **Zeit** **sei** **auch** **noch** **ein** **Schreiben** **des** **V. D. G.** **eingegangen**, **in** **welchem** **unser** **Weigerung** **als** **Nicht-** **einhaltung** **der** **Abmachungen** **und** **als** **Tarifbruch** **bezeichnet** **wird**; **gleichzeitig** **wird** **auf** **die** **Konsequenzen** **aufmerksam** **gemacht**. **Der** **Berichterstatter** **empfahl** **am** **Schlusse** **seiner** **Ausführungen**, **der** **Um-** **rechnung** **zuzustimmen**. **Die** **nun** **einsetzende** **Debatte** **bewegte** **sich** **hauptsächlich** **um** **die** **bei** **den** **Unternehmern** **unternommenen** **Schritte** **zur** **Erledigung** **dieser** **Sache**; **namentlich** **die** **des** **halb** **mit** **den** **Ar-** **beitgebern** **gehabte** **Verhandlung** **und** **deren** **Einstellung** **wurde** **leb-** **haft** **besprochen**. **Hier** **war** **doch** **die** **Kommission** **zur** **Umrechnung** **bereit**, **wenn** **diese** **die** **Vorkriegsbasis** **der** **„Löhner** **Abmachungen“** **als** **Grundlage** **hat**. **Das** **wurde** **jedoch** **strikte** **abgelehnt**, **als** **Grund** **Nichtkompetenz** **angeführt**; **vor** **allem** **aber**, **weil** **dieses** **eine** **Lohn-** **erhöhung** **von** **ganzen** **3 Prozent** **bedeutet** **hätte**. (**Schiedsgericht** **in** **Baugen** **hatte** **uns** **5 Prozent** **zugelassen**, **wurde** **von** **Unter-** **nehmern** **gleichfalls** **abgelehnt**.) **Somit** **waren** **die** **Verhandlungen** **ge-** **scheitert** **und** **wir** **haben** **und** **haben** **keinen** **Grund** **mehr**, **dieser** **bloßen** **Umrechnung** **und** **Verhandlung** **des** **Tarifes** **wegen**, **um** **neue** **Ver-** **handlungen** **zu** **bitten**. **Hier** **wird** **wohl** **erst** **eine** **andere** **Sache** **aus-** **gehoben** **werden** **müssen**! **Zu** **dem** **uns** **vorgeworfenen** **Tarifbruch** **wurde** **ausgeführt**, **daß** **dieser** **die** **Unternehmer** **schon** **lange** **vor** **uns** **begangen** **hätten**, **da** **doch** **festgelegt** **war**, **daß** **innerhalb** **14 Tage** **nach** **Tarifabschluß** **die** **Umrechnung** **vorgenommen** **werden** **sollte**. (**August**.) **An** **Ermahnungen** **und** **Erinnerungen** **unsererseits** **hat** **es** **nicht** **gefehlt**. **Freilich** **das** **Drängen** **der** **Zentrale** **vermischten** **wir** **damals**, **trotzdem** **es** **zu** **dieser** **Zeit** **besser** **angebracht** **war** **als** **heute**. **Was** **die** **Schädigung** **anderer** **Kollegen** **durch** **uns** **anbetrifft**, **so** **wurde** **dieses** **lebhaft** **angezeigt**, **da** **doch** **den** **verschiedenen** **Bezirken** **unser** **gegenwärtig** **gezählten** **Löhne** **in** **bloßer** **Umrechnung** **zur** **Verfügung** **stehen**; **im** **übrigen** **seien** **wir** **durch** **andere** **Bezirk** **und** **deren** **Abhilfe** **schon** **mehr** **als** **einmal** **geschädigt** **worden**. **Die** **Aufforderung** **und** **Zumutung** **des** **Kollegen** **Schwarz**, **der** **Um-** **rechnung** **zuzustimmen**, **wurde** **daraufhin** **einstimmig** **abgelehnt**. **Dann** **wurde** **in** **kurzen** **Umrissen** **die** **Notlage** **unserer** **Kollegen** **ge-** **schildert**, **die** **uns** **zur** **Stellung** **höherer** **Lohnforderungen** **zwingt**. **Es** **gingen** **auch** **verschiedene** **Vorschläge** **ein** **und** **man** **einigte** **sich** **auf** **eine** **der** **Zeit** **entsprechende** **Höhe** **der** **Forderung**. **In** **der** **weiteren** **Debatte** **spielten** **die** **leiblichen** **Abmachungen** **der** **internationalen** **Beitragsregelung** **eine** **Rolle**, **indem** **wieder** **über** **eine** **Anzahl** **Kol-** **legen** **aus** **der** **Ischepholowatei** **geklagt** **wird**, **die** **wohl** **hier** **den** **Lokalbeitrag** **bezahlen</**

**Biesbaden.** Am 18. Januar fand im Gewerkschaftshaus unsere Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Quartalsabrechnung. 2. Vorstandswahl. 3. Bericht über die Lohnverhandlung vor dem Schlichtungsausschuss.

Wegen Erkrankung des 1. Vorsitzenden wurde die Versammlung durch dessen Vertreter eröffnet. Kollege Sinz gab einen kurzen Rückblick über die gewerkschaftliche Tätigkeit im verflossenen Jahre, auch über die familiären Veranstaltungen und Ausflüge gab er Bericht, wodurch Fühlung mit den auswärtigen Kollegen in unserer Zahlstelle genommen wurde. Besonders sei noch erinnert an unser 30jähriges Gründungsfest. Dann erfolgte die Abrechnung vom 4. Quartal. Diese war von den Revisoren geprüft und für richtig befunden worden. Nach allgemeiner Anerkennung für die außerordentlichen Bemühungen und die geschickte Führung der Kassen-Geschäfte wurde dem Kassierer, Kollegen Hermann Sarholz, Entlastung erteilt. Die Neuwahl gab den Vorsitz an Kollegen Bernhard Sinz, sonst blieb der gesamte Vorstand in Funktion. Dann erstattete Kollege Sarholz Bericht von der Lohnverhandlung vor dem Schlichtungsausschuss. Auch Gauleiter Menges hatte daran teilgenommen. Von den Arbeitgebern wurde in den Marmorbetrieben die 48stündige Arbeitszeit pro Woche gefordert, ohne den rechtmäßigen prozentualen Ueberstundenzuschlag zu zahlen. Zum Abschluss ist die Verhandlung nicht gekommen. Zur weiteren Führung wurde die bisher bestehende Kommission einstimmig von der Versammlung beauftragt. Am Schluss wurde dem alten Vorstand gedankt. (Beide Seiten waren beschreiben, wenn das in einer so alten Festschrift des Verbandes noch vorkommt, dann — Red.)



**Kurpfuscher.** Zu dieser Notiz in Nr. 5 schreibt uns der anscheinend gut unterrichtete Kollege Richard Lomschke aus Häslich i. Sa.: „Mit großer Schadenfreude, ja mit bewusster Irreführung wird von den Ärzteorganisationen jede Verfehlung eines Jogen. Heilkundigen aufgegriffen, fälschlich aufgebauscht und in allen möglichen Zeitungen zur Verbreitung gebracht. Sämtliche Heilkundigen und die gewissenhaften Vertreter der homöopathischen und biochemischen Heilmethode sowie des Wasserheilverfahrens sind in den Augen dieser Ärzte Kurpfuscher; nur wer sich den Doktorhut infolge genügender väterlicher Finanzunterstützung auf sein Haupt setzen lassen konnte, der steht unfehlbar da.“

In Nr. 5 des „Steinarbeiter“ werden den Kollegen einige Kurpfuscher von der gefährlichen Sorte vor Augen geführt. Das Treiben dieser Leute ist höchst verwerflich, und nur die urteilslose Dummheit der breiten Masse ermöglicht ihnen die Existenz. Wollen wir aber alle Heilkundigen als Kurpfuscher bezeichnen? Mit nichten! Erinnert sei nur an jene, die man als „Knochenbrecher“ bezeichnet, und die unsere Verrenkungen und Verstauchungen im Steinarbeiterberuf wieder ins Lot bringen, ja selbst bei komplizierten Knochenbrüchen dem Arzt sein oft unverständliches Handeln verbessern müssen. Es sind nachweisbare Fälle vorgekommen, wo Schulterblatt- und Schlüsselbeinbrüche als Rheumatismus oder Sehnenzerrung behandelt wurden, bis schließlich nach großer Verschlimmerung doch noch der sogenannte Knochenbrecher her mußte und die Sache „eingeregelt“ hat.

Wenn einem Arzt ein menschlicher Irrtum oder eine zu hohe Honorarforderung unterläuft, deckt ihn ehrenhalber seine Ständesorganisation. Erinnert sei an den Frauenarzt Dr. Frey in Dresden. Viele Menschen büßten ihr Leben ein durch ein unfehlbar geübtes Rezept, wie unser Kollege Wagner in Ramenz. Der gewissenhaft nach der Verordnung verfahrenen Apotheker wurde unter Anklage gestellt. Der Schreiber des Rezeptes jedoch nicht. Nicht unerwähnt darf auch bleiben, was für „hygienische“ Zustände bei der Herstellung von Impfsymphe herrschen. Herr Professor Strauch von der Berliner Universitätsklinik rühmte sich im Vorjahr, Kinderleichen den Käsen zum Fröh hingelegt zu haben, um dabei Experimente zu machen. — Solche schändlichen Grausamkeiten werden leider als „wissenschaftlich“ bezeichnet.

Ebenso ist es mit den Arzneien, da möchte man manchmal sagen: „Dein Glaube hat dir geholfen“, und unsere Apothekerpreise dürften oft denen des Heilkundigen Hamel kaum nachstehen. Vielleicht gar der Grund seiner Freipredigt. Kurpfuscher gibt es hüben wie drüben, und nur die Gutgläubigkeit und Dummheit erleichtert ihnen das Handwerk. Doch alle gewissenhaften Ärzte und die aus dem Volke herausgewachsenen Vertreter der Volkshilfe sowie die Einrichter wollen wir aber doch nicht mit diesem Schimpfnamen bewehren.“

**„Die Steinstraße“.** Die Zeitschrift „Stein-Industrie“ (früher „Steinbruch“), offizielles Organ des Reichsteinerverbandes (Unternehmer) gibt in Heft 3 vom 9. Februar bekannt, daß dem nächsten Heft eine Sonderbeilage mit dem Titel „Die Steinstraße“ beigelegt wird. Die Beilage soll allerdings vorläufig in zwangsloser Folge erscheinen und wird nach der Bekanntmachung an sämtliche deutschen Ministerien, Straßen-, Wasser- und Wegebauverwaltungen und Straßenfachleute in größerem Umfang verandt und wird eine Reihe wichtiger Arbeiten von den prominentesten Vertretern des deutschen Wege- und Wasserbauwesens enthalten. — Ueber dieses Vorhaben empfinden wir beruflich Freude und Genugtuung, denn angebracht ist eine solche Sonderbeilage zweifellos.

**Die Kassenbrille wird verbessert!** Das ist der Sinn eines Abkommens, das jetzt die Spitzenverbände der Optiker und der Krankenkassen miteinander geschlossen haben. Ein großer Teil der Krankenkassen war schon von sich aus dazu übergegangen, die früher übliche Brille (sogen. Bi-Brille) dadurch zu verbessern, daß nicht mehr die bekannten ovalen Gläser, sondern die runden punktuell abblenden Gläser geliefert wurden. Es zeigte sich aber, daß damit den Bedürfnissen der krankenversicherten Bevölkerung allein nicht gedient ist. Der Feuerarbeiter z. B. braucht eine andere Brille als die Verkäuferin usw. Durch die neuen Vereinbarungen wird nun den Bedürfnissen aller Teile Rechnung getragen. Es werden verschiedene Brillenmuster in allerbesten Ausführung festgesetzt. Dazu dürfen nur hochwertige Gläser, die den modernen Anforderungen der Wissenschaft entsprechen, geliefert werden. Zahlungen dürfen seitens der Optiker nicht verlangt werden. Hoffentlich trägt dies Abkommen dazu bei, das Verlangen der Versicherten nach einer modernen hochwertigen Brille restlos zu befriedigen.

**Ein bedeutsamer Ausbau der Wirtschaftsorganisationen der freien Gewerkschaften.** Die von der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G. im Oktober 1925 gegründete Treuhand- und Steuerabteilung hat infolge erfreulicher Inanspruchnahme durch den Kundenkreis der Bank eine solche Ausdehnung erfahren, daß es zweckmäßig erschien, ihr in Form einer selbständigen Gesellschaft eigene Rechtspersönlichkeit zu verleihen. Dadurch wird die bisher jederzeit gewährte und gewardeste Vertraulichkeit gegenüber den übrigen Instanzen der Bank noch stärker zum Ausdruck gebracht. Die neue, mit einem Stammkapital von 200 000 RM. ausgestattete Gesellschaft führt die Firma Gesellschaft für Vermögensverwaltung und -verwaltung (Treuhand und Revision) mit beschränkter Haftung. Die Gesellschaft hat sich u. a. folgenden Aufgabebereichen gestellt:

Die Übernahme von Vermögensverwaltungen aller Art und des Amtes als Pfandhalter oder Treuhänder, die Übernahme regelmäßiger, gelegentlicher und dauernder Prüfungen und Ueberwachungen der Buchführung, der Abschlüsse, der Abrechnungen und der Rentabilität kaufmännischer und gewerblicher Firmen, von Einzelkaufleuten, von Gesellschaften aller Art, von Behörden, von Vereinen, von landwirtschaftlichen Betrieben usw., einschließlich der Beratung in allen die Buchführung und Abschlüsse betreffenden Angelegenheiten und in Steuerfragen; ferner die Übernahme aller Geschäfte, die mit der Liquidation von Firmen, Vereinen oder einzelnen Vermögensmassen zusammenhängen, insbesondere auch die Übernahme von Rechten und Forderungen zum Zwecke des Inkassos; ferner

die Wahrung der Rechte von Inhabern notleidender Hypotheken und die Vertretung der Besitzer von Schuldverschreibungen; die Übernahme der Ordnung von Gesellschaften und Vereinen, die in finanzielle Schwierigkeiten oder deren Verhältnisse in Verfall geraten sind; die Wahrung der Rechte von Aktienbesitzern aus deren Aktien, die Übernahme von Aktienregistrierungen und Umschreibungen für Gesellschaften jeglicher Art; die Annahme von Wertpapieren zur Hinterlegung und die Ausfertigung von Zertifikaten an Stelle der hinterlegten Wertpapiere usw.

Bei Erledigung aller dieser Geschäfte ist die Gesellschaft, deren Leiter sowie die mit der Bearbeitung beauftragten Personen zur Wahrung des Berufsgeheimnisses verpflichtet. Wir empfehlen allen Verbänden und Organisationen, sich des Rates und der Unterstützung der neuen Gesellschaft in stärkstem Maße zu bedienen. Insbesondere ist es wichtig, sich mit ihr vor Abschluß irgendeines Vertrages oder vor Abgabe irgendeiner Steuererklärung in Verbindung zu setzen, um eventuellen nachträglichen Schwierigkeiten vorzubeugen.

**Ist eine ehrenamtliche Betätigung „Gelegenheitsarbeit“?** Was ein Arbeitsloser durch Gelegenheitsarbeit verdient, wird auf die Arbeitslosenunterstützung nicht angerechnet, soweit der Verdienst in einer Kalenderwoche 20 v. H. desjenigen Betrags nicht übersteigt, den der Arbeitslose bei voller Arbeitslosigkeit an Unterstützung einschließlich der Familienzuschläge für die Kalenderwoche beziehen würde. Der Mehrverdienst wird zu 50 v. H. angerechnet. Zu der Frage, ob auch in der Ausübung eines öffentlichen Amtes solche „Gelegenheitsarbeit“ zu sehen und eine etwaige Vergütung dafür bei der Arbeitslosenunterstützung in Abzug gebracht werden kann, hat sich der Präsident der Reichsanstalt („Reichsarbeitsblatt“ Nr. 4) wie folgt ausgesprochen:

„Die Tätigkeit als Besitzer oder Mitglied einer öffentlichen Körperschaft ist begrifflich einer Gelegenheitsarbeit im Sinne des § 112 ABAWG nicht gleichzusetzen. Die Anrechnung einer Entschädigung, die für eine solche Tätigkeit etwa gewährt wird, als Gelegenheitsverdienst auf die versicherungsmäßige Arbeitslosen- oder die Krisenunterstützung kommt daher nicht in Frage. Als Einnahme im Sinne des Artikels 5 der Verordnung über Krisenunterstützung für Arbeitslose vom 28. September 1927 wird man eine Entschädigung dann nicht ansehen können, wenn sie für ein Amt gewährt wird, das in dem einschlägigen Gesetze ausdrücklich als unentgeltlich zu verwaltemdes Ehrenamt bezeichnet ist, sofern die Entschädigung so niedrig bemessen ist, daß sie offensichtlich dazu bestimmt ist, nur den mit der Ausübung des Amtes verbundenen besonderen Aufwand zu decken. Dies wird meiner Ansicht nach nicht dadurch ausgeschlossen, daß nach dem einschlägigen Gesetze die Entschädigung nicht bloß bare Auslagen und Zeitverlust, sondern auch entgangenen Arbeitsverdienst vergüten soll, wenn nur die Entschädigung in einer Pauschsumme festgesetzt ist.“

**Bemessung des „Grundlohns“ bei Krisenunterstützung.** Bei der Krankenversicherung von Arbeitslosen (Empfänger von versicherungsmäßiger Arbeitslosenunterstützung oder von Krisenunterstützung) tritt für die Bemessung des Grundlohns an die Stelle des auf den Kalendertag entfallenden Arbeitsentgelts ein Siebentel des wöchentlichen Arbeitslohnes, wie er der Bemessung der Unterstützung zugrunde gelegt ist. Dies gilt nach Auffassung des Reichsarbeitsministeriums auch für Empfänger von Krisenunterstützung, die infolge der Bedürftigkeitsprüfung eine gefürzte Unterstützung erhalten; auch hier ist für die Krankenversicherung der volle Einheitslohn zugrunde zu legen, nach dem die Unterstützung berechnet wird. Hierbei dürfte es auch keinen Unterschied machen, ob die Arbeitslosen erst unter der Geltung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung neu in den Genuß der Krisenunterstützung gelangt sind, oder ob sie sie schon vorher bezogen haben.

### BEKANNTMACHUNGEN DES ZENTRAL-VORSTANDES

Folgende Zahlstellen haben bis zum 21. Februar 1928 die Abrechnung des 4. Quartals noch nicht eingelangt:

- 1. Gau NW: Pinneberg.
- 2. Gau: Hindenburg.
- 3. Gau: Jena.
- 4. Gau: Bottrop, Horstmar, Rheidt.
- 5. Gau: Bretten.
- 6. Gau: Köditz.
- 7. Gau: Bobenhäusen, Lollar, Wächtersbach.

In der Nummer 6 wurde irrtümlicherweise auch die Zahlstelle Kassel als mit der Abrechnung im Rückstand veröffentlicht.

### BEKANNTMACHUNGEN DER ZAHLSTELLEN- U. GAULEITUNGEN:

**Häslich in Schlesien.** Bewerbung: Die Funktion eines Ortsangestellten ab 1. April 1928 wird hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben. Für die Anstellung kommt nur ein Kollege aus dem Steinhewerbetriebe des Granitbezirks Striegau und Häslich in Frage; dieser muß 5 Jahre ununterbrochen freigewerkschaftlich organisiert sein. Geeignete Kollegen, die die Technik der Akkordtarifberechnung für Steinmehnen und Brecher gut beherrschen, mögen einen selbstgefertigten handschriftlichen Aufsatz über die Aufgaben eines Ortsangestellten in der Steinindustrie einreichen. — Bewerbungsschreiben und Mitgliedsbuch sind bis 4. März 1928 an den Vorstand der Zahlstelle Häslich einzusenden.

**Im Auftrage:** Karl Schiller, Vorf. **Würzburg.** Für die Sammlung des Kollegen Schreiber in Kögling sind noch eingegangen: Kögling 5 RM, Solnhofen 20 RM. Den Zahlstellen im Namen des Kollegen Schreiber Dank. Die Gauleitung: G. Herrmann.

**Löbjeun.** Die örtliche Auszahlung der Krankenunterstützung erfolgt nur Sonntags von 10 bis 12 Uhr. **Frankfurt a. M.** Der Steinmeh Kollege Andreas Becker in Frankfurt-Bonames beging am 18. Februar sein 50jähriges Arbeitssjubiläum bei der bekannten Firma F. Hofmeister, Frankfurt a. M. Der Jubilar ist langjähriges Mitglied unserer Organisation. Anlässlich des Festes wünscht dem Kollegen die Zahlstelle Frankfurt noch weitere frohe Berufsjahre. Die Kollegen aus der Werkstätte bedachten den Kollegen A. Becker mit einem passenden Geschenk. — Die Verbandsleitung schließt sich dem Glückwunsch der Zahlstelle Frankfurt a. M. an.

**Schwerin.** Achtung, Steinarbeiter! Die nächste Versammlung findet, wie immer, am ersten Sonnabend nach dem ersten jeden Monats, am 3. März, 20 Uhr, statt. Kollegen, wenn ihr es in Zukunft nicht besser machen wollt als im Februar, dann muß es euch schon gefallen, wenn der Vorstand für euch, wie für unmündige Kinder, die nötigen Beschlüsse faßt!

**Zigaretten**  
aus dem Konsumverein  
ein feiner Genuß!  
Arbeiterportler 4 Pf.  
Thadmor 4 Pf. Zeronth 5 Pf.

**Oberschlesien.** Nach den uns gewordenen Informationen lehnen mehrere Firmen des Industriegebietes Oberschlesiens die Beschäftigung von Mitgliedern unseres Verbandes ab bzw. drohen mit sofortiger Entlassung, falls sich die beschäftigten Arbeiter dem Verbande anschließen sollten. Dieses trifft insbesondere auf die Firma Rose, Grabsteingeschäft in Gletwitz, Bahnhofstraße, zu, dort wird unseren Vertretern auch der Zutritt zu den Werkstätten zwecks Rücksprache mit den Kollegen verboten.

Die Firma Rosenthal in Beuthen sucht laut Mitteilung Steinmehnen zu 70 Pfg. Stundenlohn und rechnet dabei insbesondere auf jugendliche Kollegen. Gleiche Meldungen liegen auch noch über andere Firmen vor. Außerdem scheint die Lehrlingszuchterei in höchster Blüte zu stehen. Um diesen Mißständen systematisch nachzugehen zu können, bitte ich alle in Frage kommenden Zahlstellen und Kollegen, ständig ihr Augenmerk darauf zu richten und die Gauleitung stets auf dem laufenden zu halten über die Zahl der Lehrlinge, wie auch über evtl. mangelnde Eignung und Berechtigung der Lehrlingshalter, damit die erforderlichen Schritte getan werden können.

Im allgemeinen warnen wir vor Arbeitsaufnahme in Oberschlesien, bevor sich die Kollegen bei der unterzeichneten Gauleitung oder der zuständigen Zahlstellenverwaltung über die herrschenden Zustände Auskunft eingeholt haben.

**Gau 2. Siegnitz, gez. Senft.** **Waldburg.** Alle Kollegen, die nach hier zureisen und Arbeit annehmen, haben sich beim Ortsgruppenführer Gustav Mahler, Krüsterstr. 7, zu melden, um sich die Arbeitsberechtigungskarte zu besorgen. Gegen Kollegen, die sich nicht melden, wird von der Zahlstelle rücksichtslos vorgegangen.

**Jauer.** Die Steinmehnen Kollegen Blank und Döbel in Jauer konnten im Januar auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken. An dieser Stelle den Kollegen die besten Wünsche zu ihrem Jubiläum. — Als Sektionsleiter für Steinmehnen wurde Blank gewählt, wohnhaft in Jauer, Lutherstr. 152. — Wegen Lohnbewegung haben Steinmehnen und Steinmehnen Jauer und Umgebung zu meiden mit Arbeitsnachfrage.

### ADRESSEN-ÄNDERUNGEN

- 1. Gau NO: Belgard, Vorf.: Karl Priebe, Markt 13. — **Deutsch-Eylau.** Vorf. u. Kass.: Anton Pjerabski, Bahnhofstr. 80, Block 4. — **Naugard.** Vorf.: Leonhard Cysters, Schulstraße 3.
- 1. Gau NW: **Begejad.** Vorf.: Georg Windhorst, Freisenbüttel 10, Post Osterholz-Scharmbeck (Kr. Osterholz).
- 2. Gau: **Görlitz.** 1. Kass.: Jof. Feige, Nikolaigeb. 11, II.
- 4. Gau: **Dörnberg.** Vorf.: Georg Israel, Zierenberger Str. Kass.: Georg Schäfer, Nr. 80. — **Hameln.** Vorf.: Robert Jung, Stubenstr. 11. — **Sörtingen** (Kr. Neuhaldensleben). Vorf. u. Kass.: Hermann Thielede. — **Landsberg** (Bez. Halle). Vorf. u. Kass.: Jof. Heß, Wölls-Petersdorf, Post Landsberg (Bez. Halle a. d. S.). — **Wittenberg.** Kass.: Wilh. Lehmann, Melzow, Post Pratau, Kr. Wittenberg. — **Zerbst.** Vorf.: Ernst Klitsch, Kupfergasse 16.
- 5. Gau: **Schüren.** Vorf.: Fritz Kenfer, Friedrich-Ebert-Str. 42.
- 6. Gau: **Deheln** (Post Tiengen, Amt Waldsuth i. Baden). Vorf.: Fritz Köhl, Kass.: Ludwig Bades.
- 7. Gau: **Berneck.** Vorf. u. Kass.: Mich. Stoll, Gößenreuth, Post Himmeltron, Oberfr.
- 8. Gau: **Sphofen.** Vorf.: Georg Geulein, Kass.: Hans Gohler.
- 9. Gau: **Breitenborn.** Vorf.: Karl Groß. — **Mittelaltbach.** Vorf.: u. Kass.: Emil Schneider.

### ANZEIGEN

**Bezirk Steglitz-Schöneberg.**  
Am Sonntag, dem 26. Februar, vorm. 10 Uhr, bei Schellhose, Bezirksversammlung.  
1. Neuwahl der Bezirksleitung.  
2. Fortsetzung des Vortrages über Wohlfahrtsvereine und Akkordarbeit.  
Die Ortsverwaltung, J. A. W. Kühn e.

Für polierte Arbeiten suchen wir mehrere geübte **Granitsteinmetzen**  
Andreas Reul sen A.-G.  
Kirchenlamitz-Bahnhof  
bei Hof in Bayern

Geübte **Maschinenschleifer**  
auf sofort für dauernde Beschäftigung gesucht  
Heilmann & Brasseard  
Marmorwerk Osnabrück

**Pflasterhämmer**  
sowie sämtliche Werkzeuge für Straßenbau und Steinschlag.  
Franz Mager sen., Inh. Reinhold Mager  
Berlin N. 20, Hochstraße 19.

Tüchtiger **Maschinen-Schleifer**  
für sofort gesucht  
August Wegener, Marmorwerk,  
Hannover-Herrenhausen

**Sparkasse der Bank der Arbeiter Angestellten und Beamten A.-G.**  
Spareinlagen von 1.— RM an werden entgegengenommen in der Zentrale Berlin, Postcheckkonto Berlin 3598, in den Filialen Bremen, Postcheckkonto Bremen 33284, Breslau, Postcheckkonto Breslau 414, Dresden, Postcheckkonto Dresden 21002, Frankfurt a. M. 42679, Hamburg, Postcheckkonto Hamburg 32530, sowie in den Ortsausschüssen des ADGB.

**Pflasterhämmer**  
aus bestem Schweisstahl  
**Rammen, Brechstangen**  
und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb  
Otto Teske, Berlin N 31  
Brunnenstraße 82

**Achtung! Steinarbeiter! Achtung!**  
Kauft nur den Garantie-Steinbruchschuh  
Marke „Fels“  
Trotz der hohen Lederpreise noch billige und preiswerte Schuhe Steinbruchschuhe Marke „Fels“ ohne Hinternaht, mit Staublech, geschützte Seitennähte Doppelsehle, ganzer Beschlag, Ia Qual. 17.00  
Derselbe, übergreifende Stoßnägel 18.50  
Steinbruchschuhe m Hinternaht, Zwischensohle, Staublech, Ia Qual. 14.50  
Straßenschuhe, Nardleder mit Staublech, mit und ohne Nägel 13.50  
Der letztere Artikel eignet sich besonders für Landarbeiter  
Versand per Nachnahme, Verpackung frei  
Firma Frau Anna Schenk, Berufsschuhwerk, Uedem/Niederrhein (Kreis Cleve)

### GESTORBEN

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)  
In **Mühlbach** am 8. Februar der Sandsteinmeh Adam Friedrich, 53 Jahre alt, Lungenleiden (11 Wochen krank).  
In **Reinersreuth** am 9. Februar der Steinmeh Hans Schmalz, 60 Jahre alt, Lungenkrankheit (2 1/2 Jahre arbeitsunfähig).  
In **Dörnberg** am 12. Februar der Hilfsarbeiter Karl Vogel, 59 Jahre alt, Lungenentzündung.  
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung, Hermann Siebold, Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig.  
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

## Der Streit zwischen Baugewerksbund und Steinarbeiterverband

II.

Zu der Broschüre gleichen Namens wie der Titel der Ueberschrift, die von dem Vorstande des Baugewerksbundes herausgegeben wurde, sei zusammenfassend festgestellt, daß diese ein übles Machwerk von Verdächtigungen, Verunglimpfungen und unwahrer Darstellungen ist. Diese Broschüre erbringt den Beweis, daß man jetzt anscheinend auch im Baugewerksbunde den gleichen Grundrissen zu huldigen gedenkt, die im Preßekampf des Weltkrieges zwischen den einzelnen „feindlichen“ Vaterländern in so überreichlichem Maße sich auswirkten. Wenn diese Grundrissen auf die Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Gewerkschaften angewendet werden sollen, dann ist noch allerhand zu erwarten. Aber so gut wie die Verhöhnungen und Verdächtigungen des struppelosen Preßekampfes im Weltkriege einer Atmosphäre der Wahrheit weichen mußten, genau so wird der mit den schlimmsten Mitteln vom Baugewerksbund geführte Bruderkrieg gegen unsern Verband die Wahrheit nicht verhüllen können. Das soll und wird die Stärke und die Zuversicht des Steinarbeiterverbandes sein.

Doch wenden wir uns der erwähnten Broschüre zu. Es wird darin gesagt:

„Der Streit zwischen dem Baugewerksbund und dem Steinarbeiterverband hat seinen Ursprung in dem Abschluß eines Reichstarifvertrages für Erdarbeiter durch den früheren Steinseherverband. In der Vorkriegszeit war Tiefbauarbeit als auch die Erdarbeit bei Straßenbauten unbeschränktes Organisationsgebiet zunächst des Bauhilfs- und Erdarbeiterverbandes und nach dessen Verschmelzung mit dem Maurerverband des Deutschen Bauarbeiterverbandes.“

Es könnte den Anschein erwecken, als habe der Steinseherverband im Jahre 1920 einen besonderen „Reichstarifvertrag für Erdarbeiter“ abgeschlossen. Das trifft keinesfalls zu! Dieser im Jahre 1920 abgeschlossene Reichstarifvertrag umfaßte folgende Arbeitergruppen: 1. Steinseher, 2. Kammer, 3. Steinhauer (im Straßenbau) und 4. im Straßenbau beschäftigte Arbeiter. Von Erdarbeitern ist in dem Reichstarifvertrage gar keine Rede, geschweige von Tiefbauarbeitern. Die im Jahre 1919 auf dem Gewerkschaftskongreß in Nürnberg neu beschlossenen Satzungen sagen über die Organisation der ungelerneten Arbeiter, „daß die fortschreitende Technik die Zuführung aller Ungelernten und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen zu den für den Berufsweig, in dem sie beschäftigt sind, zuständigen Berufs- bzw. Industrieverbänden bedingt.“ Angesichts dieses ist wohl die Frage erlaubt, ob für den damals selbständigen Steinseherverband diese Grundbestimmungen der Satzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht in Frage kommen sollten. Nach den oben wiedergegebenen Ausführungen des Baugewerksbundes hätte wohl für den Baugewerksbund diese Bestimmung der Bundesatzungen Geltung, aber für den kleinen Steinseherverband darf sie nicht in Frage kommen. Durch diesen Beschluß des Nürnberger Gewerkschaftskongresses hatte der vormalige Steinseherverband das unbeschränkte Recht, sich der im Straßenbau beschäftigten Hilfsarbeiter anzunehmen und für diese Gruppe tarifliche Vereinbarungen zu schaffen, wenn man nicht dem Grundgesetz huldigen will, daß kleinere Verbände minderen Rechtes seien.

Aber nun sagt die Broschüre des Baugewerksbundes ja sehr deutlich, daß die Straßenbauarbeiter in der Vorkriegszeit zu dem unbeschränkten Organisationsgebiete des Bauarbeiterverbandes gehörten. Der „schlimme“ Steinseherverband habe den großen Bruder im Baugewerbe bei dem Reichstarifabschlusse im Jahre 1920 diese Hilfsarbeiter glatt weggeküßelt, wenn man sich in diesem Falle so ausdrücken will. — Doch wie liegen die Dinge in der Vorkriegszeit? Nun, da kann schon dokumentarisch festgestellt werden, daß sich der vormalige Steinseherverband um die Organisation der Straßenbauhilfsarbeiter schon zu einer Zeit gekümmert hat, wo weder im Baugewerksbund noch bei seinen Vorläufern diese Frage gelöst wurde, soweit sie das Straßengewerbe betrifft. So sagt bereits der Bericht des Zentralvorstandes des Steinseherverbandes für die Jahre 1902/03 folgendes in der Hilfsarbeiterfrage:

„Die Lohnverhältnisse der Hilfsarbeiter (Steinseherhilfsarbeiter) bewegen sich im allgemeinen auf dem tiefsten Niveau. Nur hier und da, wo dieselben sich in größerer Zahl der Organisation angeschlossen haben oder wo es unter besonders günstigen Umständen möglich war, daß die qualifizierten Arbeiter des Berufes den ersteren ihre Sympathie durch die Tat beweisen konnten, gelang es auch für die Hilfsarbeiter Vorteile zu erzielen.“

Also zu einer Zeit, als der Maurerverband den Tarifvertragsgedanken für seine Mitglieder durchzusetzen begann und wo die Schwierigkeiten der tariflichen Erfassung der Bauhilfsarbeiter sich hergehoben hatten, da hat der vormalige Steinseherverband für seine Hilfsarbeiter schon gewirkt. Dachte der Maurer- oder der frühere Bauhilfsarbeiterverband, uns diese bei uns organisierten Hilfsarbeiter streitig zu machen? Kein Mensch rührte einen Finger für diese Gruppe, und auch nicht die leisesten Ansprüche wurden in dieser Richtung von den genannten Organisationen gestellt. Also schon vor mehr als 25 Jahren hat der vormalige Steinseherverband für die Steinseherhilfsarbeiter gewirkt und gearbeitet. Und diese unerbittliche, wenn auch mit Rückschlüssen und großen Kosten verbundene Arbeit hatte den Erfolg, daß 1907 von 127 im Steinsehergewerbe bestandenen Tarifverträgen schon 25 vorhanden waren, welche die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Hilfsarbeiter regelten. Weiter bestanden in diesem gleichen Jahre drei Tarifverträge, welche die Steinseherlöhne usw. festlegten. Diese Daten sind niedergelegt in dem Jahrbuche 1907 des Steinseherverbandes; sie sind also der Öffentlichkeit und den damaligen Bauarbeiterverbänden nicht vorenthalten worden. Warum aber machten damals diese Verbände keinen Anspruch auf die Hilfsarbeiter des Straßengewerbes? Die Broschüre des Baugewerksbundes sagt es mit dürren Worten: „Die Erdarbeiter waren größtenteils Ausländer, an ihnen war nichts zu gewinnen, wohl aber verursachte die Agitation unter ihnen große Unkosten.“ Die Bauarbeiterorganisationen (Maurer- und Bauhilfsarbeiterverband) hatten für die Organisation der italienischen Fach- und Hilfsarbeiter gewiß Gutes getan, aber für die Organisation der Steinseherhilfsarbeiter, also einer nur kleinen Gruppe des großen Heeres der vom Auslande zuwandernden Arbeiter, haben sie nicht das geringste getan. Das überließen sie dem Steinseherverband, der in seinen zahlreichen Kämpfen die Interessen dieser Gruppe von jeher vertreten hat.

Wenn nun der Baugewerksbund in seiner Broschüre sinngemäß sagt, daß die Ursachen des Streites zwischen Baugewerksbund und Steinarbeiterverband die seit dem Reichstarifabschlusse im Jahre 1920 erfolgte Organisation der Hilfsarbeiter im Straßenbau sei, so ist dies mehr wie eine Treführung. Demgegenüber glauben wir durch die vorstehenden Darlegungen festgestellt zu haben, daß der Steinseherverband sich von allem Anfang an der Organisation der Hilfsarbeiter des Straßenbaues angenommen hat, daß er auf Grund der langjährigen Erfolge seines Wirkens die Anerkennung von niemandem bis zum Jahre 1920 bestrittene zuständige Organisation für diese Gruppewar und daß er getreulich auf diese Tradition und auf die Bundesatzungen

nur seine gewerkschaftliche Pflicht ausübte, als die Hilfsarbeiter des Straßenbaues in den Reichstarifvertrag einbezogen wurden. Angesichts der Entwicklung der Hilfsarbeitergruppe im vormaligen Steinseherverbande und angesichts deren langjähriger tariflicher Betreuung durch ihn wäre es verantwortungslos gewesen, diese Arbeitergruppe von dem Reichstarifvertrage auszuschließen, um ihn nur auf die Steinseher und Kammer zu beschränken.

Daß der Verfasser dieser merkwürdigen Broschüre des Baugewerksbundes wohl im Tiefbaugewerbe etwas Bescheid weiß, aber im Straßenbau und seiner Entwicklung völlig im Dunkeln tappt, beweist er mit folgendem Satze, der seiner Feder entschlüpfte: „Die Unternehmer (nach dem Kriege. D. V.) wurden Tarifvertragsfreunde, auch die Tiefbau- und Straßenbauunternehmer.“ Für die Tiefbauunternehmer, die vor dem Kriege infolge mangelnder Organisation der Arbeiter ihrer Betriebe auf die Tarifverträge pfeifen konnten, trifft dies zu, aber die „Tarifvertragsfreundschaft“ der Straßenbauunternehmer, wenn man von solcher überhaupt sprechen kann, war doch schon etwas früher entwickelt worden; zu dieser Entwicklung hat der schlimmste Steinseherverband sein redlich Teil lange, lange vor dem Kriege beigetragen. Durch den harten gewerkschaftlichen Kampf hatte schon im Jahre 1903 eine Bundesversammlung der Deutschen Steinseherinnungen den Abschluß von Tarifverträgen als Fazit aus den gewerkschaftlichen Kämpfen der Steinseher gezogen. Ob diese Unternehmer den Abschluß von Tarifverträgen als das kleinere Übel betrachteten, spielt keine Rolle. Aber als im Jahre 1909 der Reichsverband für das Steinseher-, Pflasterer- und Straßenbaugewerbe gegründet wurde, stellte sich dieser voll auf den Boden des Abschlusses der Tarifverträge. Hätte diese Organisation genau die gleichen Verhältnisse zu jener Zeit wie der Tiefbau gehabt, dann allerdings wäre erst nach der Revolution im Straßenbaugewerbe der Tarifvertrag zur Tat geworden. Der vormalige Steinseherverband hat dafür gesorgt, daß das Straßengewerbe eines der Gewerbe wurde, in dem am ersten mit der Tarifvertrag die ausschlaggebende Form der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurde. Auf Grund dessen war der Plan der Schaffung eines Reichstarifvertrages von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Straßengewerbes schon lange vor dem Kriege lebendig und führte damals zu umfangreichen Verhandlungen, ohne daß er aber damals schon Gestalt annehmen konnte. Bei diesen vor dem Kriege wiederholt stattgefundenen Reichstarifverhandlungen, die öffentlich publiziert wurden, fiel es natürlich dem Bauarbeiterverbände nicht im geringsten ein, zu verlangen, zu diesen Verhandlungen hinzugezogen zu werden; damals waren ja die Tiefbauunternehmer noch keine „Tarifvertragsfreunde“ geworden. Erst im Jahre 1920 sollte sich dies nach dem Wunsche des Baugewerksbundes ändern.

Die Broschüre geht dann auf die Verhältnisse ein, die sich im Pflasterergewerbe Frankfurts in den Jahren 1920 entwickelt haben. Wir wollen die Bodsprünge des Schreibers dieser Broschüre nicht mitmachen und werden in einem weiteren Artikel ausführlicher auf diese unwahre Darstellung zurückkommen. In dem Zusammenhang über das Recht der Organisation der Hilfsarbeiter durch den Steinseherverband unterstellt die Broschüre des Baugewerksbundes noch folgendes:

„Dem Vorstand des Steinseherverbandes war es vorher eingefallen, daß man aus dem gewerkschaftlichen Dilemma am besten durch eine Satzungsänderung herauskomme. Wenn diese so gefaßt sei, daß man auch Erdarbeiter aufnehmen, dann könne man auch für diese einen Tarifvertrag abschließen.“

Also der böse Vorstand des Steinseherverbandes hat die traurige bisher bestandene Harmonie zwischen Baugewerksbund und Steinseherverband durch eine Satzungsänderung eigenmächtig sich den Schein des Rechtes gegeben, für die Hilfsarbeiter (Erdarbeiter) Tarifverträge abzuschließen. Daß die Hilfe im Gesicht behält! Der Verbandstag des Steinseherverbandes, der im Jahre 1920 in Dresden stattfand, scheint von dieser Lumperei seines Vorstandes auch nichts gemerkt zu haben. Nur in Hamburg, am Bundesfeste, hat man ob dieses Frevels höllisch aufgepaßt. Satzungsänderungen wurden im Steinseherverbande nur durch den Verbandstag beschlossen. In den alten Statuten des Steinseherverbandes war ausdrücklich die Bestimmung enthalten, daß weder Vorstand noch Beirat Satzungsänderungen vornehmen dürfen. Die letzte Satzungsänderung erfolgte im Jahre 1920 auf dem Dresdner Verbandstage und der verdiente erste Vorsitzende des vormaligen Steinseherverbandes, Kollege Knoll, war der geistige Vater des auf diesem Verbandstage beschlossenen Statutenentwurfs. Und in diesem von 1920 bis Ende 1923 in Geltung gewesenen Statut heißt es: „Mitglieder des Verbandes können alle Steinseher, Pflasterer, Kammer, Pflastersteinarbeiter in Straßenbaubetrieben (Steinrichter usw.), Planarbeiter und Lehrlinge werden, sofern sie das Verbandsstatut für sich als rechtsverbindlich anerkennen.“ Also nicht der Vorstand, sondern der Verbandstag hat diese Statutenänderung getroffen. Wegen der Hilfsarbeiter wäre diese Änderung auch gar nicht nötig gewesen, denn sie sind früher schon organisatorisch so gut es ging von dem Steinseherverbande erfasst worden. Der Geltungsbereich des vormaligen Steinseherverbandes der Steinseher, Pflasterer und Berufsgenossen war in dieser Umschreibung weit genug, um den Hilfsarbeitern die Tore des Verbandes nicht zu verschließen. Es waren besonders die gesellschaftlichen Änderungen in der Organisation der Jugendlichen (Lehrlinge), die diese Änderung beeinflussten.

Nun aber schlägt die Broschüre des Baugewerksbundes den armen vormaligen Steinseherverband mit den angeblichen Waffen des letzteren, wenn sie schreibt:

„In den Jahren 1920 bis 1922... beteiligte sich der Vorstand des Steinseherverbandes ständig an den Verhandlungen über die Schaffung des Baugewerksbundes und hat dabei niemals strikte eine Verschmelzung abgelehnt, wie zum Beispiel der Zimmererverband. Seine Mitglieder und wir mußten in dem Glauben leben, daß die Aufgabe seiner Selbständigkeit gleichbedeutend sei mit dem Beitritt zum Baugewerksbund. Wir mußten zu dieser Meinung kommen, da bereits im Jahre 1912 in der „Allgemeinen Steinseherzeitung“ die Verschmelzungsfrage gründlich von A. Knoll erörtert wurde und da in diesen Erörterungen stets und unwidersprochen zum Ausdruck gebracht wurde, daß bei einer Aufgabe ihrer Selbständigkeit nur der Anschluß an den Deutschen Bauarbeiterverband in Betracht kommen könne.“

Wir wollen mit starken Ausdrücken gegen die Broschüre des Baugewerksbundes nicht polemisieren, aber wenn sie die Artikelserie des Kollegen Knoll aus dem Jahre 1912 dazu benützt, um festzustellen, daß in diesen Erörterungen stets und unwidersprochen zum Ausdruck gebracht wurde, daß bei einer Aufgabe ihrer Selbständigkeit nur der Anschluß an den Deutschen Bauarbeiterverband in Betracht kommen könne, dann muß schon, um nichts Schlimmeres zu sagen, ausgesprochen werden, daß der Broschürenschreiber diese Artikel gar nicht gelesen hat.

Unter dem Untertitel „Unsere Beziehungen zum Steinarbeiterverband“ schreibt in dieser Artikelserie Kollege Knoll folgendes:

„Wenn man die Verschmelzungsfrage vom Standpunkt der ökonomisch-technischen Entwicklung ins Auge faßt, dann muß man ohne weiteres zugestehen, daß uns mit dem Steinarbeiterverbände die verschiedenartigsten Verbindungen verknüpfen, Verbindungen, die, wenn nicht alle Anzeichen trügen, sich in Zukunft noch mannigfaltiger und zahlreicher gestalten werden.“

Rein technisch betrachtet steht uns der Pflastersteinarbeiter und der Granitsteinmetz schon erheblich näher als der Bauarbeiter, weil wir das Material, das jene herstellen, verarbeiten.“

Der Artikel untersucht dann die Entwicklung im Straßengewerbe, die dazu führt, daß die Pflastersteingewinnung in größerem Maße durch die großen Straßenaufbauten selbst vorgenommen wird und daß besonders die Steinseher in Norddeutschland von jeher Arbeiten ausführen, die man ebenso gut als Steinmetzarbeit und Herstellung der Pflastersteine und des Straßenaubaterials in einer Person ansprechen könnte, um dann fortzufahren:

„Aus dieser gedrängten Darstellung der heute schon vorliegenden Berührungspunkte ergibt sich also ohne weiteres, daß uns mit den Steinarbeitern tatsächlich schon gegenwärtig zahlreiche Fäden beruflich-technischer und auch ökonomischer Natur verbinden. Faßt man dann noch weiter die ebenfalls schon erwähnten kapitalistischen Entwicklungsmöglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten ins Auge, dann kann man wohl zu der Ansicht gelangen, daß ein Zusammenschluß mit den Arbeitern der Pflastersteinindustrie eines Tages eine viel stärkere Notwendigkeit werden wird, als eine solche mit dem Bauarbeiterverbande.“

Das hat Kollege Knoll in seinen von der Broschüre des Baugewerksbundes angezogenen Artikeln über die Verschmelzungsmöglichkeiten des Steinseherverbandes mit dem Steinarbeiterverbande im Jahre 1912 geschrieben. Angesichts dieser kurzen vorstehenden Auszüge aus diesen Artikeln wird sich jeder Mensch fragen, wie in dieser Broschüre des Baugewerksbundes behauptet werden kann, daß „in diesen Erörterungen stets und unwidersprochen zum Ausdruck gebracht wurde, daß bei einer Aufgabe ihrer Selbständigkeit nur der Anschluß an den Deutschen Bauarbeiterverband in Betracht kommen könne“. — Wir enthalten uns eines Urteils über solche Art, Artikel und Veröffentlichungen für seine Zwecke auszunutzen und umzudeuten. Der Steinarbeiterverband und die Steinseher können doch wirklich nichts dafür, daß man in Hamburg, wie es scheint, einen alten, guten Artikel aus dem Jahre 1912 nicht richtig lesen kann. Nachschluffunden im Lesen führen bekanntlich zur Besserung! Ueber die anderen Verdröhnungen usw. in der Broschüre in einem nächsten Artikel.

## Das Trommelfeuer auf die „hohen“ Löhne

In immer stärkerem Maße wird das Bestreben der Unternehmer und ihrer Organe fühlbar, auf die angeblich hohen Löhne ein gemeinames Trommelfeuer zu eröffnen. Kürzlich hat der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Geheimrat Dr. Quisberg, in einer Sitzung der Industrie- und Handelskammer Solingen die deutsche Wirtschaftslage wieder grau in grau gemalt. Er jammerte über die Passivität der Handelsbilanz, über die Auslandsverschuldung usw. Dann sprach er folgende tiefgründige Weisheit gelassen aus: „Allgemeine Lohn- und Gehaltserhöhungen werden nach unabänderlichen Gesetzen die Preise notwendig in die Höhe treiben.“ Nur ein Vertreter der alten Schule kann eine solche Auffassung als ernst bezeichnen. Es ist die Anschauung, daß Löhne in einer modernen Volkswirtschaft lediglich Unkosten der Produktion darstellen und nur als solche zu beurteilen sind. Daß Löhne auch Kaufkraft bedeuten und die Industrie eines Landes am Laufen zu halten in der Lage sind, davon scheint Herr Quisberg noch nichts gehört zu haben. Henry Ford hat einmal gesagt: „Keine Frage ist so wichtig wie die Lohnfrage. Die Mehrzahl der Bevölkerung lebt von den Löhnen; ihr Lohnstandard ist maßgebend für den Wohlstand eines Landes.“ Das ist die Anschauung eines Unternehmers, der mit offenen Augen volkswirtschaftliche Zusammenhänge sieht. Unsere Unternehmer hingegen holen, wie der Vorsitzende der Spitzenorganisation der deutschen Industrie zeigt, aus dem verkauften Sargant uralter Lehrmeinungen ihre Weisheit und treten so ausgerüstet vor ihr Publikum.

Aber auch sonst wird in scharfer Weise gegen das Verlangen der Arbeiter, mehr zu verdienen, zu Felde gezogen. Es ist dabei die Zwangswirtschaft der Löhne als die Quelle allen Übels zu bezeichnen. Man faßelt von der bedrohten freien Wirtschaft, obwohl jedes Kind weiß, daß man in Deutschland schon lange nicht mehr von einer freien Wirtschaft reden kann. Der letzte Wirtschaftsbericht der Disconto-Gesellschaft ist nach dieser Richtung hin sehr interessant. Dort wird gesagt, daß die günstige Konjunktur als zarte Pflanze zu behandeln sei, die nur in der gleichmäßigen Temperatur einer von festigen Preisschwankungen freien Wirtschaftsatmosphäre blühen erhalten werden kann.“ Der Bericht kommt ferner zu der Feststellung, daß die Preisbewegung innerhalb der Konjunkturperiode nur mäßig nach oben gerichtet war. Gestiegen seien nur die Konsumgüter, und zwar von 151,3 im ersten Vierteljahr 1927 auf 171,1 im vierten Vierteljahr. Das sei eine Preissteigerung von 13 Prozent, die der verflorenen Konjunkturbewegung den Charakter einer Konsumkonjunktur verleih. Nur die freie Preisbildung im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft führe zu einem Ausgange.

Allerdings ist hierzu notwendig, daß man wirklich auf allen Gebieten das Geleze von Angebot und Nachfrage sich frei auswirken läßt. Tatsächlich ist das heute in Deutschland bei weitem nicht überall der Fall. Es sei nur an die staatliche Reglementierung der Rohlenpreise, vor allem aber auf die Zwangswirtschaft der Löhne verwiesen. Gerade die letztere rückt im Verein mit der Verhandlung der Arbeitsverträge die große Gefahr nahe, daß eine Lohn- und Preisschraube in Gang gesetzt wird, aus der schwere Erschütterungen der Wirtschaft entstehen können... Aller Wahrscheinlichkeit nach werden weitere Selbstkostensteigerungen, vor allem von der Lohnseite, stärker als bisher in Gestalt erhöhter Verkaufspreise ausgeglichen werden müssen. Gerade, wenn man die Lohnbewegungen und ihre unvermeidlichen Wirkungen auf die Preisbewegung ins Auge faßt, hat es fast den Anschein, als ob ein Teil des Preisanstiebes, der während des Konjunkturanstieges ausgegeben ist, nun, da der Höhepunkt erreicht oder überschritten ist, nachgeholt werden sollte. Künstliche Hemmungen der freien Preisentwicklung können die alte Lehre nicht aufheben, wonach das Rennen zwischen Lohn und Preis zugunsten des letzteren endet.“

Ein bezeichnendes Beispiel für die Einstellung der Unternehmer liefert der letzte Geschäftsbericht der Firma Siemens & Halske, A.-G. Es wird über ein glänzendes Jahr berichtet, das eine Steigerung der Dividende von 10 auf 12 Prozent erlaubte und eine weitgehende innere Stärkung des Unternehmens brachte. Die Firma S. & H. hat soviel Geld, daß sie erhebliche Posten Pfandbriefe kaufen konnte, um die flüssigen Mittel zinstragend anlegen zu können. Der Kosten Wertpapiere krieg bei der Firma S. & H. und Siemens-Schuckert von 15,68 auf 77,82 Millionen Mark. Ferner wird die zur Verfügung stehende Dollarkasse nicht vollständig in Anspruch genommen, ja daß eine Kapitalerlöse bei der Firma S. & H. in Höhe von 71 Millionen Mark bei einem Aktienkapital von 91 Millionen Mark zur Verfügung steht. Des weiteren wurden aus laufenden Mitteln Neuerwerbungen vorgenommen und die Betriebsanlagen weitgehend verbessert und Neubauten vorgenommen. Dies alles muß man berücksichtigen, wenn man folgendes im Geschäftsbericht liest:

„Die durchschnittlichen Stundenverdienste der Arbeiter in den Groß-Berliner Betrieben der Siemens & Halske A.-G. und der Siemens-Schuckertwerke sind im Durchschnitt der letzten drei Kalenderjahre bei den Männern um 10 v. H., bei den Frauen um 12 v. H. jährlich gestiegen. Das Jahr 1927 allein ergab eine Steigerung von 12 v. H. bei den Männern und 10 v. H. bei den Frauen. Vom Anfang des Jahres 1908 bis zum Kriegsbeginn Mitte 1914 betrug die Erhöhung im ganzen 11,2 v. H. Die für die Gehälter der Angestellten

